

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 12.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.  
Geschäftsinhaber: pro Geheime Balle, oder deren  
Raum 25, für Zahl 15 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonntabend, den 21. März 1908.

Verlag: A. Scherberg, Hannover, Mühlstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
G. Schneider, Hannover, Mühlstr. 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von G. A. G. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

## Zur Landarbeiterorganisation.

Wider Erwarten hat Kollegin Zieg zu ihrem Feldzug gegen den Beschluß der Vorstandssitzung den gewünschten Erfolg aus den Reihen der Verbandskollegen erhalten. Sogar Versammlungsresolutionen und Gausvorstandsbeschlüsse hat die Aufforderung gezeitigt. Es scheint demnach immer noch ein erheblicher Teil unserer Mitglieder an dem bisherigen Zustande festhalten zu wollen. Das ist zwar erklärlich, aber doch bedauerlich. Vielleicht tragen die nachstehenden Ausführungen dazu bei, die Sachlage etwas zu klären und die Gegner einer selbständigen Landarbeiterorganisation von der Haltlosigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen.

Vorab sei bemerkt, daß Kollegin Zieg mit ihrem Protest gegen das Verhalten des Vorstandes formell im Recht ist. Ob der Vorstand sachlich recht hat, unterliegt der Entscheidung des nächsten Verbandstags. Weist der Vorstand nach, daß die Resolution Zieg undurchführbar, so wird auch Kollegin Zieg nicht umhin können, ihm „Sündenmütze“ zu erweisen. Jedenfalls hat die Redaktion weder den Auftrag, noch die Pflicht, eine „Mehrenwache“ vorzunehmen. Vielleicht findet diese Vericherung eher Glauben, wenn wir bekennen, daß der derzeitige Redakteur schon im Jahre 1904, also vor dem Hamburger Verbandstag, in der Zeitschrift Dresden einen Antrag zum Verbandstag einbrachte, der Abtrennung der Landarbeiter und Gründung einer selbständigen Organisation für dieselben verlangte. Er fiel damit allerdings ab; der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Noch sei bemerkt, daß eine Anzahl Kollegen von der falschen Voraussetzung ausgegangen sind, die Konferenz habe beschlossen, dem nächsten Gewerkschaftskongress die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation vorzuschlagen. Das ist nicht geschlossen. Im Gegenteil, im Antrag, der das wollte, wurde sogar ausdrücklich zurückgezogen. Die Konferenz hat nur folgenden Antrag angenommen:

„Die Konferenz hält es für notwendig und zweckmäßig, eine selbständige Organisation der Land- und Waldarbeiter zu schaffen.“

Das weitere wurde der Generalkommission überlassen. Die Generalkommission kann und wird nun nicht ohne weiteres an die Gründung gehen, sondern sie wird sich erst mit den Organisationen, die von einer Neugründung berührt werden, verständigen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß vor unserm Verbandstag weitere Schritte in dieser Angelegenheit unterbleiben. Um so mehr haben wir aber Anlaß, sorgfältig zu prüfen, ob wir es der gesamten Arbeiterschaft gegenüber verantworten können, wenn wir die Landarbeiter noch länger an unsere Organisation fetten.

Zunächst ist es notwendig, den ganzen Streit auf die schon vom Kollegen Streb formulierte Frage zu reduzieren: „Welche Organisationsform ist am besten geeignet, die Landarbeiter zu sammeln und ihre Interessen wirksam zu vertreten?“ Alles andre ist Kleinliches. Die Grenzfreitigkeiten, auf die so viele Kollegen herumreiten, sind zweifellos recht unangenehm, und die Formen, in denen sie ausgefochten werden, sind oft recht häßlich, aber bei der Beurteilung dessen, was für die Landarbeiter notwendig ist, spielen sie gar keine Rolle.

Sehen wir aber von den Nebenächlichkeiten ab, so bleiben eigentlich nur noch zwei Einwände gegen die selbständige Landarbeiterorganisation übrig. Der eine lautet: Die Landarbeiter sind so schwer für die Organisation zu gewinnen, daß eine selbständige Organisation keinerlei Aussicht hat, lebensfähig zu sein. Der andre: Wir haben nur deshalb nicht mehr Landarbeiter im Verbande, weil wir bisher so gut wie keine Agitation unter ihnen getrieben haben. Sobald wir die Resolution Zieg ausführen, werden wir auch Erfolge haben. — Es wäre ein billiges Vergnügen, den einen Einwand mit dem andern totzuschlagen, aber wir werden das nicht tun. Wir werden sogar etwas weit ausholen, um die Wichtigkeit der Einwände, namentlich des ersten, darzutun. Zu diesem Zweck bringen wir nachstehend eine kurze Schilderung der Landarbeiterorganisationen in den Nachbarländern.

Gelingt uns dabei der Nachweis, daß in andern Ländern unter ähnlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen von selbständigen Landarbeiterorganisationen Erfolge erzielt sind, so haben wir damit zweifellos die Wichtigkeit des ersten Einwandes erschüttert. Angaben über Zahl und Verteilung der in Deutschland organisierten Landarbeiter werden folgen, um Vergleiche zu ermöglichen. Mit dem zweiten Einwand befaßt wir uns später.

Wir beginnen mit den Landarbeiter-Organisationen Italiens.

Italien ist ein „wildes“ Land. Alle Organisationen, also auch die der Landarbeiter, genießen weitgehendste Koalitions-, Streik- und Boykottfreiheit. Das Gesetz kennt keinerlei einschränkende Bestimmungen.

Die Landarbeiter Italiens sind im Vergleich zu denen Deutschlands glänzend organisiert. Eine genaue Feststellung

des Mitgliederstandes ist infolge der lockern Organisationsform nicht möglich, schätzungsweise waren Ende 1907 260 000 Landarbeiter organisiert. Die Organisation gliedert sich in lokale Verbände, die zum größten Teil den Provinzialverbänden oder den Camere del Lavoro (Arbeiterkammern) angegliedert sind. Die Provinzialverbände wiederum gehören in ihrer Mehrheit dem „Nationalverband der italienischen Landarbeiter“ an, der zirka 700 „Bünde“ mit 150 000 Mitgliedern umfaßt. Die Organisation der Landarbeiter besteht seit dem Jahre 1900 und der Nationalverband wurde 1901 auf dem Kongress zu Bologna gegründet.

Die Beiträge sind niedrig: die männlichen Mitglieder zahlen dem Bunde einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von 25 Centesimi (20 Pf.), die weiblichen 10 bzw. 15 Centesimi (8 bzw. 12 Pf.).

Von den Beiträgen der Mitglieder erhalten die Provinzialverbände und die Arbeiterkammern 60 Centesimi (48 Pf.) und der Nationalverband 5 Centesimi (4 Pf.) pro Mitglied und Jahr, alle übrigen Einnahmen verbleiben den lokalen „Bünden“.

Es gibt keinerlei Unterstützungseinrichtung, auch kein Fachorgan. Sämtliche Mitteilungen, sowie Verbandsangelegenheiten werden in den wöchentlich erscheinenden Parteiblättern, in dem „Avanti“ und in der „Confederazione del Lavoro“ veröffentlicht. Zwischen den Landarbeiterorganisationen und denen der Industriearbeiter gibt es nur Solidaritätsbeziehungen im Falle von Streiks, Boykotts usw.

In vielen Provinzen ist es den Landarbeiterorganisationen gelungen, mit den Organisationen der Landwirte Verträge zu schließen, die den Arbeitern bedeutende Vorteile gebracht haben, z. B. Lohnhöhung, Anerkennung der Organisations-, Arbeitsnachweis usw. Im Durchschnitt sind die Löhne ungefähr um ein Drittel erhöht worden und die Arbeitszeit ist von 14 auf 10, resp. von 10 auf 7 Stunden (in den Reichfeldern) herabgesetzt; einzelne Bünde haben auch die 8stündige Maximalarbeitszeit erreicht.

Ueber die Streiks der italienischen Landarbeiter entnehmen wir dem Buch von Dr. Meyer folgende Angaben. Es fanden statt:

1901	629	Streiks	mit	222 985	Beteiligten
1902	221	„	„	146 592	„
1903	47	„	„	22 507	„

Ueber die Zeit nach 1903 stehen uns leider zuverlässige Angaben nicht zu Gebote.

Von den Streiks endeten:

mit vollem Erfolg	324	Streiks	mit	127 222	Streikenden
„ teilweise „	346	„	„	196 908	„
„ ohne „	218	„	„	66 248	„

Von den übrigen 9 ist das Ergebnis nicht bekannt. Von den Streiks drehten sich 649 = 73 Proz. um Lohn-erhöhung und 18 um Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Streiks dauerten:

1—3 Tage	528	=	59	Proz.
4—10	227	=	25	„
11—30	102	=	11	„
über 30	40	=	5	„

Die Angaben zeigen, daß die Streiks der Landarbeiter sich weder der Dauer, noch dem Erfolge nach wesentlich von denen der Industriearbeiter unterscheiden. Sie zeigen aber vor allem, daß die noch verhältnismäßig junge Landarbeiterorganisation auf geradezu glänzende Erfolge zurückblicken kann. Allerdings darf nicht verkannt werden, und das zeigt ja auch schon die angezogene Zusammenstellung, daß die bewundernswürdigen Erfolge der ersten Jahre sich nicht wiederholen werden. Damals wurden die nichts ahnenden Grundbesitzer von der plötzlich ausblühenden Organisation der Arbeiter überrascht, heute haben sie sich umfangreiche Arbeitgeberorganisationen gegründet. Der erste größere Kampf, den die Arbeiter mit den organisierten Unternehmern ausfochten hatten, fand im Sommer des Vorjahres in Argentinien statt. 8000 Arbeiter streikten 3 Monate, obwohl sie keinen Lire im Streikfonds hatten.

In ganz Italien wurde gesammelt und die Kinder der Streikenden wurden in andern Familien untergebracht. Obwohl zirka 70 000 Lire gesammelt wurden, betrug die Streikunterstützung doch nur täglich 5 Centesimi und 1 Kilo Polenta pro Kopf. Der Streik wurde für die Arbeiter gewonnen.

Bei den Grundbesitzern macht sich nach dieser Niederlage das Bestreben geltend, die bestehenden lokalen Arbeitgeberverbände zu verschmelzen, bzw. in eine Zentrale zusammenzufassen. Das ist ihnen zum Teil gelungen. Im Oktober des Vorjahres wurden 30 lokale Organisationen mit 8382 Arbeitgebern zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen. Der Verband will „einheitliche Maßnahmen zur Vorbeugung, Beilegung und Bekämpfung von Arbeitsfreitigkeiten“ treffen, auch Statistiken vornehmen und sonstiges auf die Verhältnisse der Landwirtschaft bezügliche Material sammeln. Auch wurde eine Art Streikversicherungskasse gegründet, aus der die von einem Streik betroffenen Unternehmer Unterstützungen erhalten

sollen. Die Kämpfe der Landarbeiter Italiens werden also voraussichtlich in Zukunft noch harmadiger werden.

Schweden hat mehrere Landarbeiterverbände. Der größte ist der Schwedische Landarbeiterverband mit zirka 5000 Mitgliedern. Weiter besteht noch der Mittelschwedische und Nordschwedische Landarbeiterverband, die zusammen ebenfalls zirka 5000 Mitglieder zählen. (Nähere Informationen sind uns vom Vorstand des Schwedischen Verbandes versprochen, leider aber nicht übermittelt worden.) Rechtlich stehen die schwedischen Landarbeiter etwa in der Mitte zwischen denen in Italien und denen in Preußen. Sie haben Koalitions- und Streikrecht, können jedoch, wenn sie die Arbeit vor Ablauf der Kündigung verlassen, von der Polizei zur Weiterarbeit gezwungen werden. Die schwedischen Gutsbesitzer helfen sich nun durch möglichst langfristige Verträge, die oft für den ganzen Sommer keine Kündigung zulassen. Trotzdem ist es der Landarbeiterorganisation im vorigen Jahre gelungen, in einer Reihe Lohnkämpfe wesentliche Verbesserungen für die Landarbeiter zu erringen. Namentlich der Schwedische Landarbeiterverband hat erfreuliche Erfolge erzielt. Er hat eine ganze Anzahl Tarifverträge abgeschlossen, durch welche die Löhne, die Naturalbezüge und die Arbeitszeit geregelt werden. Der Stundenlohn wurde auf 25 Derc (28 Pf.) bei freier Wohnung und auf 27 Derc ohne freie Wohnung festgesetzt. Die Arbeitszeit soll von März bis Ende Oktober 10 Stunden, im November und Februar 9 und im Dezember und Januar 8 1/2 Stunden betragen.

Uso auch in Schweden sehen wir eine im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer — Schweden hat rund 5 1/2 Millionen Einwohner — respektable Landarbeiterorganisation, der es gelungen ist, den Gutsbesitzern erhebliche Zugeständnisse abzurufen. Eingeflochten sei hier noch, daß bei der Gründung des Mittelschwedischen Landarbeiterverbandes der Schwedische Fabrikarbeiterverband, dem die Landarbeiter bis dahin beigetreten waren, erklärte, die Organisierung der Landarbeiter erfordere Mittel, die für einen Verband unerlässlich seien, zumal der Fabrikarbeiterverband seine Mittel für die eigenen Kämpfe gebrauchte.

Im nächsten Artikel werden wir uns mit der Landarbeiterorganisation Ungarns beschäftigen.

## Zur Landarbeiterfrage.

In den letzten Nummern des „Prolet“ wird recht lebhaft von Frau Zieg, Kehlheim, Streik und andern die Frage erörtert, ob die Gründung einer selbständigen Land- und Waldarbeiterorganisation praktisch ist. Soweit Frau Zieg die Stellung des Vorstandes zu dieser Frage angreift, muß man ihr recht geben, denn die gleichgültige Stellung des Vorstandes in dieser Frage ist einfach unbegreiflich. Wir werden gezwungen sein, darüber mit dem Vorstand an anderer Stelle zu sprechen. Frau Zieg fordert nun am Schluß ihres Artikels alle jene Mitglieder auf, sich zu äußern, die ihrer Meinung sind. Ich bin nun nicht gleicher Meinung wie Frau Zieg und doch will ich mich äußern zur Frage der Land- und Waldarbeiterorganisation. Ich gestatte mir, zunächst etwas auf die historische Entwicklung unserer Organisation einzugehen. — Als sich im Jahre 1891 unser Verband unter Zustimmung der Generalkommission gründete, hatten wir die Aufgabe, nicht bloß sämtliche ungelerten Industriearbeiter zu organisieren, sondern, wie schon unsere Firma ansagt, auch die Landarbeiter. Um alle diese ungelerten Arbeiter in Stadt und Land zu organisieren, nahmen wir einen sehr niedrigen Wochenbeitrag von 10 Pf. die Woche. Trotzdem der Beitrag so niedrig war, und lange Zeit nicht viel höher, blieben die großen Massen aus Stadt und Land der Organisation fern, insbesondere die Landarbeiter. Schon damals hätte man eigentlich von kompetenter Seite etwas tun sollen, um die Organisierung der Landarbeiter vorzunehmen.

Ich sagte schon oben, bei Gründung unserer Organisation sei uns gestattet worden, sämtliche ungelerten Arbeiter zu organisieren. Dies Bild änderte sich. Die Entwicklung der Technik machte Riesenschritte: Laufende von gelerten Berufsarbeitern wurden infolge der Entwicklung der modernen Technik verdrängt durch ungelerte Hilfsarbeiter. Nun fordernten jene Verbände, die bis dahin die Hilfsarbeiter in ihrem Verufe nicht genau in die Organisation aufnahmen, mit einem Male die Hilfsarbeiter für sich, wie z. B. der Metallarbeiterverband. Dieses Recht machten allmählich noch andre Berufsverbände geltend, und zwar mit Erfolg. Wir haben uns zeitweise gegen diese Methode gestraubt, aber es nützte nichts; die natürliche Entwicklung war stärker wie wir. Wir haben uns schließlich damit abgefunden und sind dabei gut gefahren. Denn vordem konnten wir für unsere wirklichen Berufskollegen (Kollegen, die die Berufsverbände nicht beanspruchen können) in der gewöhnlichen, Ziegelei- und Papierindustrie usw. nichts unternehmen; weil wir allenthalben dabei waren, Geld ausgeben mußten, aber nichts zu sagen hatten. Erst nachdem wir uns so zu einem reinen Industrieverband genannter Verufe entwickelten, konnten wir erfolgreich unter unsere Kollegen agitieren und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Auch die Grenzfreitigkeiten nahmen ab. So nahm unsere Organisation ihre Entwicklung nun nicht anders. Wie kann man dann aber noch von einem Fabrik- und Landarbeiterverband reden? Jene Firma führen wir seit Jahren zu Unrecht. Wie kann man davon reden, daß wir um die Früchte unserer Arbeit geprellt werden sollen? — Dem ich frage: Wo haben wir in Deutschland positive Lohn- und Arbeitsverbesserungen für die Landarbeiter errungen? Abgesehen von einigen Ausnahmen nirgends! Voll. Berger (Gauvorstand 10) zeigt mit Empörung auf Schleswig-Holstein und zählt uns einzelne Kleinigkeiten auf, wo für die Landarbeiter positive Vorteile errungen sind. Schreiber dieser Zeilen kennt nun Schleswig-Holstein genau so, wie Voll. Berger, und da muß ich sagen, es gibt keine zweite Provinz, rechts



der Elbe, die so mit Industrie durchsetzt ist, die Schleswig-Holstein. Wie sieht es z. B. in den Provinzen Pommern, Ost- und Westpreußen und Posen? Deshalb sind die paar Orte, die Vorkriegs- und nachkriegs-wohler Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen Landarbeiter ertragen sind, noch lange nicht Beweis dafür, daß wir in ganz Deutschland Unpatriotisches für die Landarbeiter geschaffen haben. Ferner hätte uns mal der Kollege Vorkriegs der Landarbeiter, die in seinem Gau organisiert sind, anschauen sollen. Ich befürchte, es werden nicht allzuviel sein. Im übrigen hat Vorkriegs richtig daneben, indem er Industrie- und Landarbeiter vermischt.

Wenn wir nun auch nochmals den Beschluß fassen würden, die Landarbeiter beizubehalten, so wären wir einfach nicht imstande sein, die intensive Agitation unter den Landarbeitern zu betreiben, und zwar aus rein finanziellen Gründen nicht. Erst recht nicht, wenn wir die Landarbeiter für 20 Pf. die Woche aufnehmen sollten und ihnen dann die Rechte der weiblichen Mitglieder gewähren. Frau Jitz meint nun, wir haben doch eine ganze Zeitlang auch nur 20 Pf. Wochenbeitrag geleistet und dafür Streikunterstützung, Umzugsgehalt und Reiseunterstützung gegeben! Ach, wenn Frau Jitz doch bloß vorher sich die Summen angesehen hätte, die wir damals an Streikunterstützung gezahlt haben, resp. zahlen konnten, und was wir dagegen in den letzten beiden Jahren an Streikunterstützung gezahlt haben, so wäre sie nicht zu ihrem Vergleichen gekommen. Damals konnten wir bei einem Wochenbeitrag von 20 Pf. nichts, rein gar nichts den Mitgliedern bieten; dies konnten wir erst mit der Erhöhung der Beiträge. Würden wir nun die Landarbeiter bei einem Wochenbeitrag von 20 Pf. aufnehmen und dafür den Landarbeitern die Rechte der Frauen gewähren, so würden uns die Landarbeiter ein Heidenstück Geld kosten.

Es kommen aber noch weitere finanzielle Schwierigkeiten. Wie denkt man denn die Agitation unter den Landarbeitern für die Zukunft zu betreiben? Darüber geht Frau Jitz, wie Kollege Vorkriegs mit Rechtigkeit hinweg. Und doch ist dies eine der schwierigsten Fragen. Einmal würden wir mit der Zahl der Bezirksleiter selbst dann noch nicht auskommen, wenn wir die Zahl der Bezirksleiter verdoppeln würden. Dies würde uns wiederum ein ganz gewaltiges Stück Geld kosten, und auch dann würden die Schwierigkeiten, die aus der Agitation entstehen, noch nicht beseitigt sein.

Aus all den angeführten Gründen bin ich für die Trennung der Landarbeiter von unserer Organisation. Nicht aus Gründen, wie z. B. Kollege Rehm sie in Nr. 6 seiner angeführten Debatte behauptet, denn dann können wir innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu manchen unzulässigen Beschlüssen, sondern aus rein praktischen Gründen. Sind wir erst die Landarbeiter los, dann können wir eine noch intensivere Tätigkeit unter unsern Industriearbeitern entfalten, als bisher. Da finden wir noch ein großes Tätigkeitsfeld vor uns. Tausende und Abertausende gibt es da noch zu organisieren. Auch beschränke ich nicht wie andere Kollegen, daß wir mit dem Landarbeiterverband in größere Grenzgebiete kommen würden. Eine andre Organisation wird sich viel mehr mit dem Landarbeiterverband in den Haaren liegen, und das ist der Transportarbeiterverband. Wir haben von rein praktischen Standpunkt aus der Trennung der Landarbeiter von unserer Organisation zugestimmt. Ueberlassen wir es deshalb der Generalkommission, die Landarbeiter zu organisieren. Diesen hätte.

### Aus dem Reichstage.

Sierzehn Tage sind verfloßen, seitdem wir an dieser Stelle einen letzten Ueberblick über die Verhandlungen des Reichstages gegeben. Inzwischen ist erledigt, bezw. einer Kommission überwiesen worden der Heimarbeiterschutz in der Zigarren- und Tabakindustrie und die beiden Röhren zur Gewerbeordnung, deren erste sich bezieht auf den Verfallungsanspruch, deren letzte den Kapitalarbeitsvertrag für Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden herabsetzt. Die Ueberweisung wurde am 3. März beschlossen und seit diesem Tage bis zum 14. März hat sich der Reichstag unter zweimaliger Hinausdehnung der Sitzung bis um die mitternächtliche Stunde mit der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern beschäftigt. Nur an einem Tage der fast zweiwöchigen Beratungsperiode war ein anderer Verhandlungsstoff angelegt, nämlich die Interpellationen der Nationalliberalen, der Sozialdemokraten und des Zentrums darüber, wann das Beamtenbesoldungsgezet zu erwarten sei und ob es rückwirkende Kraft per 1. April 1905 haben solle. Die Beamten in allen Himmelsrichtungen des Reichs sind ungeduldig geworden. Zwei Dinge haben die Ungebuld und die Unzufriedenheit mit der Zurückhaltung der Regierung bei den Beamten beunruhigt. Erstens die gewaltige Teuerung aller Lebensmittel, diese Folge der Zoll- und Steuerpolitik, und die allerorts steigenden Mietpreise. Hausagrarier und Landagrarier lassen es sich angelegen sein, Nieder und Beschwerde tributpflichtig zu machen. Wenn nun auch die Beamten festen Gehalt haben, ihr Einkommen durch Arbeitslosigkeit nicht beeinträchtigt wird, so kann andererseits nicht gelugnet werden, daß die Freisetzung ihrer Bezüge und des Wohnungsgeldzuschusses zu einer Zeit erfolgte, in der die Kaufkraft des Geldes viel höher stand, wie heute. Der Ausgleich der Differenz wird wohl nur durch Entbehrungen oder Verschleierung auf selbst behaltene Gewinne möglich sein. Wieviel müssen nicht auch die Arbeiter entbehren, deren Lohn schwankt, wie die Sala der Wirtschaftslage sich bewegt, deren Lohn beeinträchtigt wird von dem Anbruch auf dem Arbeitsmarkt, und deren Einkommen unterbrochen wird durch Krankheit, Unfall oder völlige Arbeitslosigkeit. Dann aber auch zeigen sich die Beamten ungeduldig, sind von einem hohen Grade der Unzufriedenheit erfüllt, weil man ihnen vor den Wahlen alles Gute und Schöne versprochen. Wo bleibt nun die Entlohnung des Verfalls? Vor Entlohnung wird den patriotischen Herren eine Garantie über den Rücken gelassen sein, als sie die Rede des neuen Finanzministers hörten und lazen. Denn dieser beantwortete die Interpellationen und nicht der Herr Reichsminister v. Bülow, dessen Reichsminister in der Wahlzeit so viele Hoffnungen erweckte, an deren Stelle nun Entlohnung getreten. Eine Beamten-Besoldungsgezetlage gibt es, wenn neue Steuern bewilligt sind, neue Steuern, die man wieder beim Verbrauch der Arzenei sucht, und die wegen der unglücklichen Finanzverhältnisse des Reichs nicht zu knapp sein werden. Bedarf es also eine Gehaltserhöhung für die Beamten gibt, wird diesen selbst, den Arbeitern, den Verbrauchern im heutigen Reich?

... sagt er, das abgenommen, was die Beamten haben sollen, und noch einiges mehr. Das ist ausserordentliche Gerechtigkeit. Da die Regierung der Wirtschaftlichkeit durchsicht nicht außer und nicht weiß, welche Steuerquellen die Staatseinkünfte nun fundet, so kann sie noch nicht einmal einen bestimmten Lohn für die Gehaltserhöhungen in Aussicht stellen. Bis zu dem Zeitpunkt, an welchem eine Besoldungsgezet in Kraft treten wird, gibt es Holzlagen (1), die unzulänglich sind, und von denen vielfach angenommen wird, daß sie nie nicht in merks eintreffen, was sie am notwendigsten gebraucht werden.

Die Eisenbahnverhandlungen hatten die Erwartungen besonders hoch gespannt. Die Besprechungen des Reichstages bei den Wahlen, die in den Sägen geschieden: „Was ist recht Sozialreform! Mehr Sozialreform und ein neuer Mann in der Sozialpolitik“ wurden bei denen, welche die Möglichkeit der Gesetzgebung mehr beeinflusst wurden durch Personen, als durch die Interessen der herrschenden Klassen, die Erwartungen auf neue Zeiten hoch gehoben. Entlohnungen sind ausgesetzt werden, welche auch durch den Ungebuld nicht hinweggedrückt werden, daß der Reichstag zwei Dutzend Besoldungs- und Löhne gezet zusammen verabschiedet hat, welche Gezet zum Ausbau des Arbeiterbesoldungs- und des Arbeiterlohns fordern. Entscheidend für die Höhe, ob die Verhandlungen beim Etat des Innern einer Sozialreform günstig oder ungünstig sind die Parteien. Und da es es bezeugen, daß sich wieder ein sozialreformistischer und sozialreformistischer Ton bemerkbar macht, welcher sich von dem, der zur Zeit des letzten v. Stamm angehängt werden ist, kaum unterscheiden. Die Partei v. Stamm und v. Brühlmann, die vom Zentrum in der Sozialreform, das man nicht unterscheiden kann, reben, die über angeblichen Terrorismus der Arbeiter hat zu Urteilen gezeigt sind, deren volkswirtschaftliche Kennt-

nisse nicht zupiehl, daß die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang eine Folge des „Streiks“ hinstellen, und die gesteigerte Unruhe der Arbeiter als Ursache der Teuerung erklären, unterscheiden sich nur qualitativ von Stamm, und zwar zu ihren, nicht zu Stamms Gunsten.

Wir schickten auf den Etat, der am 1. April verabschiedet sein muß, das Verhandlungs-Verhandlungsgezet. Für die Beratung des Etats des Innern kamen wir zum Tage. Das ist deshalb ein Uebel, weil bei der allgemeinen und der Spezialberatung eine Fülle von Anregungen in sonstigen Jahren gegeben zu werden pflegen, die für das Ministerium des Innern nur von Vorteil sein können. Nachdem man im Dezember löstbare Tage mit kurzen Ergebnissen-erklärungen an Bülow verzeilt, muß jetzt in Tag- und Nachtsicht durchgepeilt werden.

In der allgemeinen Debatte sprachen die Genossen Schmidt und Koch, die in umfassender Weise auf dem Gebiete des Arbeiterbesoldungs- und der Arbeiterveränderung Licht aufhielten, was getan ist, wie es gemeint hat, wie die Arbeiter mit den Berufsvereinigungen ringen müssen, um ihr Recht zu erlangen, und was geschehen müßte, wenn die bestehenden Einrichtungen den Ansprüchen der Arbeiter genügen sollen. Das löste dann eine fette Sozialistenrede aus, die im Blochreichstage mehrfach beobachtet, bei welcher die Herren Heßler und Winkler die führende Rolle spielten, die Konzeptionen an Regierungsfreundlichkeit dabei weit abstrichen. Erweiterungen der Sozialdemokratie werden durch Schluß der Debatte unmöglich gemacht. In früheren Jahren war es Brauch, daß bei den einzelnen Akten in der Spezialberatung die Redner eingehend auf Materien eingehen konnten, die mit dem Arbeiterbesoldungs zusammenhängen. In diesem Jahre gab es Zusammenstöße über Zusammenstöße mit der Präsidialmacht, welche den Ausführungen die engsten Grenzen zieht. Beim Kapitel Statistisches Amt forderte der Kollege Drey Erhebungen über die Vergiftungs-, Berührung-, Brand- und Explosionsgefahren, welchen die Kolleginnen und Kollegen in der chemischen Industrie ausgesetzt sind. Er konnte sich darauf berufen, daß die Unternehmer in der chemischen Industrie in einem im September des verfloßenen Jahres auf ihrer Versammlung zu Lübeck gefassten Beschlusse die Erforschung der Vergiftungsgefahr für notwendig erkannt haben. Den Weg, den die Unternehmer zur Erforschung der Vergiftungsgefahr betreten, kritisierte Kollege Drey. Aus dem vorliegenden Material über Anzahl und Dauer der Erkrankungen beim Drey, daß die Vergiftungsgefahr ebenso groß, wie ungenügend erforscht sei.

Der Kollege Drey hatte wie am Tage vorher die Genossen Hue und Stadthagen mit dem Herrn Präsidenten zu kämpfen, der die Begründung einer Anregung für das Statistische Amt zu verhindern suchte. Er konnte aber nicht verhindern, daß von den Gesundheitsgefahren in der chemischen Industrie einiges in den Akten des Reichstags gekommen und daß ausgesprochen wurde, daß der neue Mann durch seine Vorarbeiten für die Chromatindustrie anfangs Besserung einwand und Rücksicht gebracht hat. Der Herr Staatssekretär, der einen agrarischen Statistiker zur Erforschung der Viehpreise wohlwollende Erwägung zugesagt, wandte sich gegen Drey, dessen Kritik er als Schleichmacher bezeichnete. Es handelt sich bei unserer Forderung ja auch nur um Erhebungen über Lebens- und Gesundheitsgefahren unsern Kollegen in der chemischen Industrie, im ersten aber um die Preispolitik der Agrarier. Diese letztern haben immer das Wohlwollen der Regierung.

### Verkürzte Arbeitszeit in der Seifenindustrie.

Ueber die Erfahrungen mit verkürzter Arbeitszeit berichtet ein Seifenfabrikant im Unternehmerorgan dieser Branche. Er schreibt, daß ein großer Teil der Betriebe zur neunstündigen, ja einzelne zur acht- und achteinhalbstündigen Arbeitszeit übergegangen seien. Die Erfahrungen, die mit dieser Arbeitszeitverkürzung gemacht wurden, will er in seinem Artikel schildern. Es handelt sich also nicht um die Ansicht irgend eines Unternehmers, sondern um das Ergebnis praktischer Versuche. Der Artikelsschreiber zählt nun zweifelslos nicht zu den besonders Einseitigen, auch Konsequenz ist seine starke Seite nicht, trotzdem muß er bekennen, daß die Unternehmer mit der Verkürzung der Arbeitszeit durchweg günstige Erfahrungen gemacht haben. Nur der Ahtstundentag hat sich angehängt nicht bewährt; er mache zwei Ueberstunden, unter Umständen sogar eine Bergförderung der Betriebsanlagen notwendig. Dagegen ist er mit dem Neunstundentag sehr zufrieden. Er schreibt darüber:

„Mit der neunstündigen Arbeitszeit kommen jedoch fast alle Fabrikanten sehr gut zurecht. Selbst die Weihnachtssaison hat nun in Seifenbetrieben Ueberstunden gebracht, denn die Leute haben sich an klottertes Arbeiten sehr schnell gewöhnt. Ja, sie arbeiten gern heute etwas framer und holen auch, besonders in Akkordlohn, den Zeitausfall, der durch die weggefallenen Frühstücks- und Pausenpausen ersetzt wird, nicht nur lang ein, sondern abtrotzen ihn noch. Man hat sogar die Beobachtung gemacht, daß in stillen Zeiten, wo zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen diese neunstündige Arbeitszeit noch verkürzt wurde, viele der im Akkord arbeitenden Leute nicht wesentlich geringer verdienten.“

... Auf alle Fälle ist die neunstündige Arbeitszeit auch für die meisten Betriebe unserer Branche das einzig richtige.“

Wir sind ja nun der Meinung, daß der achtstündige Arbeitstag noch viel richtiger wäre, aber wir würden es auch schon begrüßen, wenn vorläufig erst einmal alle Seifenfabriken und selbstverständlich nicht nur diese, den Arbeitstag auf neun Stunden verkürzen würden. Jedenfalls werden wir uns die Erfahrungen des Herrn H. M. gut merken, um zu gegebener Zeit den Herren Seifenfabrikanten mit Stimmen aus ihrem eigenen Lager dienen zu können.

Der Artikel des Unternehmers ganz begrügt sich nun aber nicht damit, die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung vom Standpunkt des Unternehmers zu betrachten, er will vielmehr auch die volkswirtschaftliche Seite untersuchen. Und dabei gleicht er einem Maulwurf, der zu fliehen versucht. Doch hören wir ihn:

„Bei der Einführung, resp. Gewährung (Welch keine Unterbrechung! D. M.) der neunstündigen Arbeitszeit haben sich die Fabrikanten vor allen Dingen leeren lassen durch die den Arbeitern damit gegebene Möglichkeit, sich mehr ihrer Familie widmen zu können, sich mehr in freier Luft zu bewegen, kurz, sich eine längere Erholung gönnen zu können. Man ging von dem Standpunkte aus, daß durch die Vermehrung der freien Zeit dem Arbeiter auch dann die Möglichkeit gegeben sei, in der effektiven Arbeitszeit intensiver zu arbeiten.“

Genau politische Parteien ihrerzeit haben den Ahtstundentag wohl auch zu dem gebachten Zwecke eingesetzt zu sehen, dann aber auch durch ihn zur Restrukturierung von Arbeitskräften zu zwingen und durch den eventuellen Mangel an solchen die Arbeitskraft in Werte zu erhöhen.

Welche Ergebnisse hat nun die verkürzte Arbeitszeit im Hinblick auf diese Momente gezeitigt? Lassen wir alles zusammen, so hat man eigentlich in der Seifenbranche das Gegenteil von dem erreicht, was durch die ver-

längte Arbeitszeit angestrebt wurde und zwar, was oben angefangen haben sich die Arbeitnehmer für ihre freien Stunden noch anderweitige Beschäftigung gesucht und auch gefunden. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist der Beschäftigte in der Regel zu Hause zu Hause zu Hause (Schlechte nicht, das ist eine angeborene „Eigenschaft“ der Kapitalisten, D. M.) nicht zu befragen; und wer ihn dazu ermahnen will, begeht einen moralischen Mord an ihm. (Demnach sind alle Kapitalisten, die nicht arbeiten, und das ist die überwiegende Mehrheit, in moralisch.) Das ist ein recht nettes Gebührens. D. M.) (Die Arbeiter) haben alle möglichen Mittel, die Aussträger, Aussträger u. a. m. angenommen, ja manche üben noch irgend ein Gewerbe aus, wozu sie früher niemals gekommen wären. Als Kaffierer, Schneider, Schuster (Wunderbare Entdeckung, D. M.) betätigen sie sich noch in den Abendstunden. Von einer Erholung kann also gar keine Rede sein! Und die wenigen, die nicht arbeiten wollen? Sie treiben sich in den Wirtschaftern und auf der Straße herum und so habe ich seit weinend ein armes Weib mit hungrigen Kindern und fünf hundert in der Umgebung des Fabrikanten ober Arbeitgebers, die ihnen kaum nur noch mehr Gelegenheit bieten den größern Teil des Wochenlohnes für sich in Anspruch zu nehmen. Glücklicherweise sind diese Individuen nicht zahlreich.

Wir möchten den letzten Satz in bezug auf den Artikelsschreiber wiederholen. Die Kasse stehen allgemein in dem Maße, recht wenig von Mathematik zu verstehen, sie verstehen zweifellos mehr davon wie Herr H. M. von der Volkswirtschaft. Das soll für den Herrn kein Vorwurf sein, denn es muß nicht jeder Seifenfabrik volkswirtschaftliche Kenntnisse besitzen, obwohl es zuweilen recht nützlich wäre. Aber Herr H. M. hätte nichts darüber schreiben dürfen. Er hätte sich mit der Bekanntheit seiner Erfahrungen als Unternehmer begnügen müssen. Selbstverständlich kritisieren wir den Erguß nicht, er würde dadurch nur verlieren. Wer seine fünf Sinne beisammen hat und nicht zufällig Seifenfabrikant ist, der weiß, daß Nebenarbeit nur darum von den Arbeitern verrichtet wird, weil der Verdienst sonst nicht zureicht, um eine menschenwürdige Existenz führen zu können. Wo der Lohn ausreichend ist, bedanken sich die Arbeiter für Nebenarbeit.

Die lächerliche Behauptung, daß die Arbeiter, die keine Nebenarbeit verrichten, ihre freie Zeit in den Reihen verbringen, hat der Herr wahrscheinlich nur aufgestellt, um das „schöne“ Bild von der weinenden Frau mit den hungrigen Kindern, die der humanen Regung des Fabrikanten flucht, anbringen zu können. Dabei zeichnet er mit diesem Bilde, unbewußt und unfreiwillig, das Unternehmertum mit seltener Schärfe. Wenn er nämlich von einer „humanen Regung“ des Fabrikanten spricht, so besagt das nicht mehr und nicht weniger, als daß die Humanität bei den Unternehmern eine Ausnahme bildet, daß sie ihnen fremd ist, daß sie sich „nur hin und wieder mal regt“, kurz, daß die Unternehmer inhumane, also selbstgütige, raffigierere, profitgierige Menschen sind. Dieser Beurteilung haben wir nichts hinzuzufügen.

Uebrigens ist es mit dieser „humanen Regung“ auch noch Eßig. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat nämlich ihre Ursache nicht in dem Herzen der Fabrikanten, sondern in den Forderungen der organisierten Arbeiter. Wenn Herr H. M. einmal etwas näher untersuchen wird, so wird er die Wahrnehmung machen, daß die „humane Regung“, das heißt die kürzere Arbeitszeit nur dort zu finden ist, wo starke Arbeiterorganisationen am Orte sind, daß aber überall dort, wo die Arbeiter unorganisiert, auch die Fabrikanten inhuman sind, das heißt für lange Arbeitszeit (der Arbeiter nämlich) schwärmen.

Wenn die Unternehmer den Flächen der hungernden Frauen entgegen wollen, so können sie das nicht durch Verkürzung der Arbeitszeit, sondern durch Erhöhung des Lohnes. Damit erreichen sie dann zugleich, daß der Arbeiter keine Nebenarbeit verrichtet, daß er die freie Zeit seiner Erholung und der Erziehung seiner Kinder widmet, daß er aber auch mit größerer körperlicher und geistiger Frische zur Arbeit kommt. Auch das Vertrinken des Lohnes wird dann nicht zu-, sondern abnehmen. Die Statistik lehrt zur Genüge, daß der Alkoholkonsum in den Gegenden mit langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen am höchsten ist. Je wohlthätiger das Heim und je geringer die Sorgen, um so weniger zieht es den Arbeiter in die verräucherte Kneipe, zum Sorgenbrecher Alkohol. Das ist ein Erfahrungssatz!

Selbstverständlich wird die „humane Regung“ auszeichnender Entlohnung erst kommen, wenn die Gewerkschaften Geburtshilfe leisten. Und sie werden sie leisten!

### Aus der chemischen Industrie.

#### Kartelle und Unternehmersyndikate in der deutschen chemischen Industrie.

IV. Etwas tiefer als Großmann, dessen oberflächliche Beurteilung und Darstellung wir an dem Beispiele des Kalksyndikats kritisierten, bringt Dr. Hermann Schulze in seinem neuen Buche: Die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland seit dem Jahre 1875 (Halle a. S., 1908, Verlag von Lausch u. Groffe, 309 Seiten) in das Wesen der chemischen Unternehmerskartelle ein.

Zwar gibt auch er als Zweck der Kartelle nicht die Erzielung höchstmöglicher Profits an, sondern begrügt sich mit der schönfärbischen Behauptung, Absicht der Unternehmersverbände sei es nur, „die Produktion und die Verkaufspreise den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen.“ Eine Nebenart, die ebenso durch die vom Verfasser selbst geschilderte Entwicklung der Kartelle überholt, wie absichtlich allgemein und unbestimmt gehalten ist. Denn was heißt „tatsächliche Verhältnisse“, was heißt „anpassen“, was heißt schließlich auch „Verkaufspreise“, wenn nicht gesagt wird, welche Spannung zwischen Gestehungs- und Verkaufspreisen unsere Kapitalisten für diejenige halten, die genug Profit abwirft und die sie durch eine mehr oder weniger sorgfältige Anpassung der Produktion an den Bedarf erzielen wollen?

Aber unser zweiter Gelehrter geht doch bereits mehr auf die Produktionsbedingungen ein, die es der heutigen chemischen Industrie ermöglichen, sich besonders leicht zugunsten ihres Profits zu kartellieren. Vor allem ist die Gleichförmigkeit der Erzeugnisse, die bei der chemischen Industrie in hervorragendem Maße vorhanden ist, günstige Voraussetzung



für die Kartellorganisation unserer Unternehmer. Infolge des hohen Standes des Gehalts, der, so zweifellos durch das Geschäft und die Opferfähigkeit der Arbeiter erreicht ist, bestehen in der Beschaffenheit der Erzeugnisse der einzelnen Fabriken bestellenden Branchen keine erheblichen Unterschiede, vor besonders feinen Präparaten abgesehen. So wird für die meisten chemischen Waren der Massenvertrieb und eine große Gleichzeitigkeit der Preise möglich, damit aber auch die Gründung eines gemeinschaftlichen Verkaufskontors. Ferner spricht die bereits sehr weit vorgeschrittene Entwicklung des chemischen Kapitalismus zu verhältnismäßig wenig zahlreichen Großbetrieben sehr stark für die Möglichkeit der Kartellierung. Dadurch, daß das Kapital sich nicht mehr so stark konzentriert, sondern für dieselbe Branche nur in einer kleinen Anzahl von Fabriken „arbeitet“, ist die Vereinigung dieser Fabriken zu einem Syndikat viel leichter. Die Verhältnisse dieser wenigen Fabriken lassen sich von diesen selbst leichter übersehen und machen ihre Kapitalisten geneigter, sich gewissen Beschränkungen in der selbständigen Geschäftsführung und wechselnden Preisfestsetzungen durch das Kartell zu unterwerfen. Auch ihre Geschäftsgeheimnisse, deren gegenseitige Mitteilung in Kartellen des öftern notwendig wird, geben sich wenige Konkurrenten einer konzentrierten chemischen Branche eher preis, als zahlreiche Kapitalisten eines großen und verbreiteten Industriezweiges. Die paar chemischen Großkapitalisten, die in manchen Kartellen vereinigt sind, haben schon das „Vertrauen“ zu einander, daß jeder von ihnen lediglich hohen Verdienst, aber keinen Schaden für seinen Mitbewerber will! Infolge der Mannigfaltigkeit der chemischen Erzeugnisse haben sich meist nur wenige Fabriken auf bestimmte Spezialartikel geworfen. Am meisten ist diese Spezialisierung in der Präparatenindustrie für Heilzwecke ausgebildet, wo sich häufig mit der Fabrikation bestimmter Artikel nur wenige Betriebe befassen. Bei diesen ist naturgemäß eine Verständigung sehr leicht möglich, und in der Tat entfallen auch die meisten chemischen Kartelle auf diesen Industriezweig. Auch die chemische Großindustrie zählt für die einzelnen Fabrikate nur wenige Produktionsstätten, z. B. Soda, Kalisalz, Pottasche, Glaubersalz und andre Fabriken. Ebenso umfaßt die Sprengmittelindustrie eine beschränkte Anzahl von Betrieben. In der Düngereisenfabrikation und der Erzeugung anorganischer Säuren wird die Kartellierung sehr dadurch erleichtert, daß, ähnlich wie bei den Ziegelfabriken, wegen des an sich geringen Wertes der Erzeugnisse ein Transport auf weite Entfernungen nicht möglich ist und daher nur ein begrenztes Absatzgebiet für jeden Betrieb in Frage kommt. Deshalb gibt es in diesen Industrien bezugsweise abgegrenzte Kartelle, die sich wiederum untereinander verständigen.

Auch innere Gründe bewegen das Kapital der chemischen Industrie zu größerer Vereinigung: Wissenschaft und Technik arbeiten fortgesetzt daran, die Erzeugungsart zu vereinfachen und zu verbilligen und bisher wertlose Stoffe nutzbar zu machen. Die Folgen dieser fortwährenden Veränderungsarbeit sind dann oft eine starke Entwertung älterer Fabrikations-einrichtungen, im unkartellierten Zustande ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den Betrieben mit den alten und den neuen Erzeugungsarten und eine starke Zubehörszeugung von beiden Seiten. Da liegt es natürlich besonders nahe, den beiderseitigen Schaden auf Kosten des Verbrauchers auszugleichen und durch Zusammenschluß die ruinöse Konkurrenz auszuschalten. So ist das Sodakartell 1887 zustande gekommen, als das neue Ammoniakverfahren das ältere englische sog. Leblanc-System arg bedrängte und eine starke Ueberproduktion mit ihren Preisrückfällen beiden Seiten arg zugefügt hatte. Heute läßt man es natürlich womöglich überhaupt zu keinem Konkurrenz-kampf und seinen Wunden für beide Teile mehr kommen, sondern einigt sich möglichst frühzeitig über die Verteilung des Warenfeldes, d. h. der Haut der Verbraucher und Arbeiter. Schließlich organisiert man sich auch schon, um nur gemeinsam größere Vorteile zu genießen. So bildete sich 1880 die Dynamitkonvention, um des starken Steigens der Rohmaterialpreise Herr zu werden. Und das Kontor der Zinnoxydfabriken will den sehr schwankenden Preisen seines Rohmaterials immer möglichst auch die Dreydreyse durch gemeinsame Festsetzung folgen lassen. Hierher gehört auch die gemeinsame Erwerbung und Ausbeutung von Erfindungen und Patenten durch Unternehmerkartelle (Indigokonvention mit Fabriken verschiedenen Verfahrens).

Die chemischen Arbeiter sehen, daß es kaum eine Gewinnchance gibt, welche ihre Kapitalisten nicht schon versucht haben, durch Zusammenschluß auszunutzen. Wie mitleidig mögen diese reichen Herren aus ihren festen Kartellorganisationen vorläufig noch auf Protetarien herabschauen, die den Wert der nutzbringenden Organisation zum Teil noch so wenig begreifen und betätigen!

**Chemische Arbeiterverhältnisse in Hessen.**

Als erster von allen Fabrikationsberichten erscheint für 1907 derjenige des Großherzogtums Hessen und bringt uns Kunde von den neuesten Verhältnissen unserer Kollegen in diesem Staate. Danach arbeiteten dort während des Berichtsjahres in 224 chemischen Fabriken (Gruppe VII und VIII der Statistik) nicht weniger als 7870 Arbeiter, und zwar 5595 erwachsene männliche, 1264 erwachsene weibliche, 500 jugendliche und ein Kind (unter 14 Jahren). Wäre von diesen 7000 chemischen Proletariern nur die größte Hälfte, also 4000, in unierem Verband organisiert, so bräuhlen sie sich schwerlich noch gefallen zu lassen, daß die Fabrikinspektion im Vorjahr nur 133 Betriebe überhaupt besuchte und beinahe 100 mit allen möglichen Mängeln gar nicht sah. Unter den heutigen Verhältnissen war natürlich die Anzahl der von den Aufstichbeamten ermittelten Jammerhandlungen gegen Arbeiterjugendliche verhältnismäßig klein. Sie betrug ganze 25 Fälle bei den holländischen Zuständen, die heute in unierem Gange herrschen! Dafür wurden an den Wochentagen 267 Ueberstunden für Arbeiterinnen befristlich bewilligt, und an 46 Sonntagsbewilligungen zur Sonntagsarbeit bis zur Dauer von 8 Stunden ausgeprochen, insgesamt für 5921 Sonntagsstunden und 591 Arbeiter. Das waren wahrhaftig keine glänzenden Bedingungen, unter welchen die chemischen Arbeiter 1907 in Hessen schafften. Aber sie konnten es auch nicht sein, so lange das heftigste Proletariat der chemischen Industrie nicht die Forderungen unserer Organisation wesentlich besser verstand.

**Die Entwicklung des deutschen Kartellwesens.**

Ursprünglich waren im deutschen Kartellwesen sieben Werke zusammengeschlossen, Ende 1907 sind es nicht weniger als 41, von denen sechs im vergangenen Jahre neu hinzukamen. Bis 1900

hatte sich die Zahl der Kartellwerke erst auf 15 vermehrt, es folgten 1901 vier, 1902 fünf, 1903 vier, 1904 eins, 1905 drei, 1906 drei und 1907 sechs neue Mitglieder hinzu. Die letzte Kartellvereinbarung erfolgte am 1. Januar 1908. Ende 1908 läuft der gegenwärtige Vertrag ab, aber schon jetzt erörtert man lebhaft, ob und unter welchen Bedingungen ein neuer Vertrag zustande kommen werde. Man wird auf Grund der bisherigen Erfahrungen zwar wieder auf lebhaftes Kampfeinstehen drängen, aber die klugen alten Leute werden es nicht zu einer Sprengung des Syndikats kommen lassen, schon deswegen nicht, da das Kartellverbot die Voraussetzung für das Bestehen einer Reihe wichtiger Unter- und Nebenkartelle der chemischen Industrie bildet; wir nennen nur das Sodakartell, die Chlorammonium-Konvention und den Verband norddeutscher Steinfabrikanten.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Essen.** Der Tarif der Farbenfabrik von Arberger, Schöps u. Co. war am 15. März d. J. abgelaufen. Der Arbeiter-Ausschuß fragte deshalb an, welche Stellung die Betriebsleitung bei einer Neuverhandlung einnehme. Die Antwort war ablehnend. Obendrein wurde am andern Tag der Kollege Krenzl (1. Bevollmächtigter von Eisenach) entlassen. Eine zweitägige Verhandlung durch Kollegen Greif konnte die Betriebsleitung nicht bewegen, den Kollegen Krenzl wieder einzustellen. Eine geplante Arbeitseinstellung war aus wirtschaftlichen Gründen nicht angebracht, deshalb verzichtete auch Kollege Krenzl im Interesse der Sache auf Wiedereinstellung. Gleichzeitig wurde mit der Betriebsleitung vereinbart, daß weitere Maßregelungen nicht stattfinden werden. Die beabsichtigte Lohnverlängerung wird zurückgezogen. Der abgelaufene Lohnvertrag wurde bis zum 15. Mai d. J. verlängert. Der neue Tarifvorschlag ist schriftlich eingereicht. Am 15. Mai beginnt die erste Verhandlung im Beisein des Kollegen Greif. Die Arbeiter erklären hierzu ihr Einverständnis.

**Euskirchen.** In der Düngereisenfabrik Euskirchen war am 5. März ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter, welche mit den Akkordpreisen nicht mehr auskommen konnten, bezieten über einen Dolmetscher. Als dies der Leiter der Anstalt erfuhr, entließ er drei Kollegen, unter ihnen einen Arbeiter, der bereits 14 Jahre in der Fabrik zur Zufriedenheit des Chefs gearbeitet hatte. Der Grund der Entlassung war, wie der „Chef“ dem Gauleiter Funk selbst sagte, der, daß die Kollegen in der Fabrik „Unzufriedenheit“ stifteten. Als nun die Arbeiter den Tarif durch den Gauleiter einreichen ließen, hatten sie selbstverständlich auch die Bedingung gestellt, daß die drei entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden mußten. Bei der Verhandlung mit dem Gauleiter erklärte der Chef, daß er sich auf nichts einlasse, Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit sei einfach unmöglich, ebenso stelle er unter keiner Bedingung die drei Entlassenen wieder ein. Zudem verbat er sich jede Vermittlung des Verbandes, er verhandle mit dem Gauleiter nicht. Es wurde nun eine Kommission gewählt; als auch dieser gegenüber erklärt wurde, es gibt nichts, da wurde in geheimer Abstimmung einstimmig der Streik beschlossen. Nach sechstägiger Dauer wurde derselbe durch Verhandlung der Kommission mit dem Chef beendet. So wie der Streik einstimmig beschlossen wurde, so traten auch alle Kollegen einmütig in den Ausstand. Es gelang den Streikenden, fast sämtlichen Bezug fernzuhalten, wenigstens 50 Arbeiter aus der Umgebung zogen wieder nach Hause, als sie aufgeklärt wurden über die Verhältnisse in der Fabrik. Auch die von Köln und Bonn gefandenen Arbeiter wurden mit Reisegeld versehen und wieder fortgeschickt. Erst am letzten Tage wurde einer der Streikenden zum Streikbrecher, außerdem fanden sich 5 Streikbrecher vor auswärts. Daß die städtischen Arbeitsschlichter als Streikbrecher-Agenturen wirken, das wurde hierbei wieder bewiesen. Trotzdem die städtischen Arbeitsschlichter in Köln und Bonn über den Streik schriftlich unterrichtet waren, schickten sie alle Tage Arbeiter nach Euskirchen, ohne ihnen zu sagen, daß dort gestreikt wurde. Zu bemerken wäre noch, daß es der Herr Amtsbreiter für seine Pflicht hielt, die Firma zu unterstützen, indem er für den Transport der Arbeitswilligen sorgte. Er konnte aber nur einen einzigen in die Fabrik geleiten, und dieser mußte am andern Morgen wieder traben, da er in Euskirchen kein Logis erhielt. So wurde dem Betrieb notdürftig aufrecht erhalten von den Streiktragen-Proletariern, dem Bureau-Peronal, welches Streikbrecherdienste machen mußte, soham hat der Herr Meister alias Direktor zwei Söhne. Der eine ist Postbeamter, er verwannte seine freie Zeit zum Arbeiten in der Fabrik. Sonst sah er majestätisch auf die Arbeiter herab, jetzt hat er selber mal probiert, wie die Arbeit in der Düngereisenfabrik schmeckt. Als letzter Helfer trat der jüngste Sohn dann noch dazu. Dieser ist Gynast, er brachte noch einige seiner Schulkollegen mit, und nun wurde fest darauf los gearbeitet.

Endlich fand sich der Herr Chef genötigt, nachzugeben. Der Lohn wurde um 2 1/2 Pf. pro Stunde erhöht, ein Teil der Akkordlöhne wurde ebenfalls aufgebessert. Die Verkürzung der 10 1/2stündigen Arbeitszeit wurde zwar abgelehnt, aber die viertelstündigen Pausen wurden dafür auf 20 Minuten verlängert, die Werkstattregeln wurden wieder eingestellt und es wird ein Arbeiterausschuß gewählt und von der Firma anerkannt. Ist nun auch nicht alles erreicht worden, was als notwendig hingestellt war, so können die Kollegen doch mit dem Erreichten vorläufig zufrieden sein. Trotz der sehr jungen Organisation haben die Kollegen musterhafte Disziplin gezeigt, wir hoffen, daß sie auch so treu beim Verbands bleiben werden. fk.

**Harburg.** Infolge der Preissteigerung der Lebensmittel, der Erhöhung der Wohnmieten und sonstiger Unterhaltungsstoffen sehen sich die Arbeiter der Deutsche Leinwand veranlaßt, Lohnforderungen bei der Firma einzureichen. Verschiedene Versammlungen fanden statt, die sich mit der gewünschten Lohnverhöhung beschäftigten. Der Arbeiter-Ausschuß wurde beauftragt, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß hatten den Erfolg, daß für alle Arbeiter eine Lohnverhöhung erreicht wurde mit Ausnahme der Schlosser, die sich auf den Standpunkt stellten: „Sie müßten einzeln vorstellig werden“, wenn sie was erreichen wollten. (Auch ein Standpunkt, mit dem die Schlosser wohl allein dastehen dürften. D. B.) Für den Kleinver- und Elektriker konnte keine Lohnverhöhung erzielt werden. Die Löhne wurden erhöht: bei Klempnern von 4,05 auf 4,25 Mk. für die Pressenteile von 4,20 auf 4,40 Mk. bei Stübnerarbeiten 4,7 Pf., Tagelohn 42 Pf., wie zuvor, für Hofarbeiter von 38 auf 40 Pf., für Binden- und Kranführer von 40 auf 42 Pf., bei der Raffinerie von 43 auf 47 1/2 Pf., für Feiger von 4,55 auf 4,75 Mk. (vorher 5,04 Mk. bei 12 1/2stündiger Arbeitszeit). Die Forderung der Destillationsleute wurde zurückgestellt. Landmaschinenführer, Fechtwägenführer, Delabzieher, Pressenreiner, Wehleinschleifer und Kopraführer erhalten für Tagelohn 40 Pf., vorher 38 Pf., für Nachtarbeit 45 Pf., vorher 43 Pf. Die Erhöhung der Löhne ist rückwirkend und wird vom 1. März 1908 ab berechnet. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit gibt es 25 Prozent Zuschlag. Diese Lohnbewegung zeigt uns, daß Forderungen auch ohne Kampf erfüllt werden können, wenn alle Arbeiter sich der Organisation anschließen und einmütig handeln. Dies mag ein Ansporn sein für alle Arbeiter, tüchtig und tätig zu sein und sich keine Lohnverabredung ruhig gefallen zu lassen. Alle müssen bestrebt sein, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das führt von selbst auf den Weg zur Organisation!

**Korrespondenzen.**

**Bromberg.** Lohnabzüge in Schneidemühlen. Die Arbeiter in den Bromberger Schneidemühlen haben seit Jahren in Lohnverhältnissen, die als durchaus verbesserungsbedürftig zu bezeichnen sind. Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft, die bei jeder Gelegenheit ihr arbeiterfeindliches Herz als Weltanschauung zum Ausdruck bringen, haben sich nicht verhehlen können, anzuerkennen, daß die Lage dieser Arbeiter in Dinge verbesserungsbedürftig sei. Verbesserungsbedürftig auch deshalb, weil gerade diese Arbeiter den

Einstößen der sozialdemokratischen Agitatoren am besten handgehalten und sich so um die nationale Ehre verdient gemacht haben. Diese Arbeiter, die für die höchsten Vereine (Evang. und kath. Arbeitervereine) die beste Stütze gewesen sind, deren Notlage durch die fleißigen Führer im Jahre 1906 in Form eines öffentlichen Aufrufs durch die Tagespresse bekannt gegeben, worin man den Unternehmern die Bitte um Lohnverhöhung kundgab, veranlaßte letztere, 1-2 Pf. Stundenlohn diesen so tief in ihrer Ehre herabgewürdigten Arbeitern zu bewilligen. Abkündigt wurde die Notlage durch die in den Jahren 1904 bis 1906 gestiegenen Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel. An das gute Herz der Unternehmern glaubte man nicht zweifeln zu dürfen, weil in den Jahren 1904 bis 1906 den Herren recht gute Ueberhälfe durch die ausgedienten Arbeiter in den Schöpfer gezeichnet sind.

Gewerberat Bedmann von der Gewerbeinspektion Bromberg der höchsten Vereine und ihre Zweckmäßigkeit für die Arbeiter bis über den grünen Klee gelobt, diese und die christlichen Gewerkschaftler als wirkungsvolle Interessensvertretung in seinem Jahresbericht geradezu verherrlicht, hat diesen Schneidemühlenerarbeitern im Dezember 1907 und im Januar 1908 vorgegeben, daß er dafür sorgen wolle, daß diesen in aller Demut erstrebenden Arbeitern eine Lohnzulage gewährt werde, damit die Not keine zu schweren Wunden dem Familienleben dieser Arbeiter schlage.

Was ist demgegenüber heute zu konstatieren? In der Schneidemühle Hohenholm sind seit dem 15. Februar d. J. die Löhne um 2 Pf. pro Stunde gekürzt worden und zwar von 24 Pf. auf 22 Pf., von 22 Pf. auf 20 Pf. pro Stunde; bei Selig-Salomon von 24 auf 22 Pf., von 22 auf 21 Pf. pro Stunde. Wären Lohnarbeiter, die einen höheren Lohn verdienen, ist entsprechend diesen Abzüge gekürzt worden. Die Akkordpreise werden ebenfalls herabgesetzt und soll mehr wie 20 Mk. Wochenverdienst, die bei Akkordarbeit erzielt werden, nicht zur Auszahlung gelangen. In den andern Mühlen wird in Erwägung gezogen, ob die Stundenlöhne, die heute 21 Pfennig selten übersteigen, eine weitere Kürzung erfahren können. So liegen augenblicklich die Lohnverhältnisse in den Schneidemühlen. Den Arbeitern dürfte es endlich klar werden, daß Gewerberat und Geistliche völlig einflusslos den Arbeitgebern gegenüber sind, daß nur die Organisationen der Zentralverbände und in diesem Falle der Fabrikarbeiterverband zur Verbesserung der Arbeitslöhne beitragen können, wenn die Mehrzahl der in Schneidemühlen beschäftigten Arbeiter nur Mitglieder werden wollten.

**Köln a. Rh.** Das Gummiverk der Firma Fr. Clouth, Köln-Nippes, war bisher noch immer das Schmerzenskind unserer Zahlstelle. Alle Versuche, die dort Beschäftigten für unsere Organisation zu gewinnen, scheiterten an der Gleichgültigkeit der Arbeiter einerseits und an der Organisationsfeindlichkeit des Herrn Clouth andererseits. Dabei sind die Arbeitsbedingungen in diesem Betriebe nichts weniger denn einwandfrei. Kürzlich haben nun die Arbeiter einen ganz besonders instruktiven Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Clouth erhalten; einen Beweis, der es verdient, hier festgehalten zu werden.

Herr Clouth weiß schon längere Zeit im sonnenigen Süden, um seine angegriffene Gesundheit wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden; es wäre nur zu wünschen, daß bei Herrn Clouth der Gedanke recht bald Platz griffe, daß auch seinen Arbeitern einige Tage Urlaub im Jahre, allerdings unter Fortzahlung des Lohnes, sehr belohnlich sein würden. Kurz und gut, Herr Clouth weiß im Auslande, und er hat auch gleichzeitig das Glück, während dieser Zeit seinen siebzigsten Geburtstag zu begehen. Schnell wurden die Arbeiter von den Vorgesetzten gefragt, ob sie damit einverstanden seien, daß man Herrn Clouth ein Glückwunschtelegramm sende. Es ist ganz selbstverständlich, in den Verhältnissen begründet, daß niemand wagte, nein zu sagen. Also Herr Clouth wurde zu seinem Wiegensteine gratuliert, und als nobler Mann, der er nun einmal ist, unterließ er es auch nicht, nach wenigen Tagen den Gratulanten seinen Dank abzustatten. Aber frage man nur nicht wie, Die Aufseher und Vorarbeiter erhielten eine - Ansichtspostkarte, durch welche der Dank für die Gratulation ausgesprochen wurde. Der Dank an die Arbeiter war noch merkwürdiger.

Einige Zeit, bevor Herr Clouth seinen Geburtstag hatte, waren den Arbeitern in den Hartgummiabteilungen schon Heraufhebungen der Akkordpreise bis zu zehn Prozent angekündigt worden, die denn auch in Kraft getreten sind. Während nun die Aufseher und Vorarbeiter wegen der erhaltenen Postkarte in Bonne schmelzen, wurde den Arbeitern der Schlafentzug die frohe Botschaft kund und zu wissen getan, daß auch bei ihnen die Akkordpreise herabgesetzt wurden. (Ist mittlerweile schon gesehen. D. B.) Die Arbeiter waren aber diese eigenartige Dankbarkeit für die gespendete Geburtstagsgratulation um so weniger erfreut, weil der Lohnausfall infolge der eingetretenen Akkordreduzierungen mindestens fünf bis sechs Mark pro Woche beträgt.

Aber Herr Cl. kann auch „wohlthätig“ sein. So erfahren wir aus der Kölner Lokalpresse, daß er der Stadt Köln vor einigen Monaten ein Geschenk von einigen Tausend Mark gemacht hat. Auf wessen Kosten dieses Geschenk erfolgt ist, ist jetzt leicht zu ersehen. Die vorgenommenen Lohnabzüge reichen vollständig dazu aus, den Ausgabenposten wieder zu decken; es verbleibt dann auch noch so viel übrig, daß die Erholungskur davon bestritten werden kann. Wenn man also diese Wohlthätigkeit richtig betrachtet, dann erscheint die selbe in einem eigenartigen Lichte.

Auch sonst bietet sich den Arbeitern noch Gelegenheit, die humane Gesinnung des Herrn Clouth kennen zu lernen, selbst wenn derselbe nicht gerade Geburtstag hat. Ein Arbeiter, welcher schon einige Jahre im Betriebe beschäftigt war, hatte fortwährend eine die Gesundheit sehr schnell zerstörende Arbeit verrichtet. Zuletzt war derselbe längere Zeit sehr schwer erkrankt. Als er wieder genesen war, wurde er auch wieder an die schwere, die Gesundheit zerstörende Arbeit gestellt. Die einzige Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Arbeiters bestand darin, daß ihm jetzt der Stundenlohn um 8 Pfennig - gekürzt wurde. Statt früher 40 Pfennig erhielt er jetzt nur noch 32 Pfennig. Sein Gesuch um Wiedergewährung des früheren Stundenlohns wurde abschlägig beschieden. Herr Clouth aber spielt in der Desfinitivität den Wohlthätigen und macht zur Kräftigung seiner Gesundheit Reisen nach dem Süden, während die eigenen Arbeiter niedrig entlohnt werden und dabei noch ihre Gesundheit opfern müssen.

Wollte man auf alles das eingehen, was unbedingt einmal kritisiert werden mußte, wie das Schmarozersystem, das nach unten brutale und nach oben feige Aufreiter einzelner Vorgesetzten, die schlechten sanitären innern Betriebsbedingungen u. dergl., dann müßte dieser Artikel noch bedeutend verlängert werden. Doch soll es für diesmal mit der Kritik genug sein. Wir werden uns wohl gelegentlich noch einmal mit diesem Betriebe beschäftigen müssen und dann sollen die innern Verhältnisse etwas eingehender berührt werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müden aber aus dieser Vorkommnisse die richtige Lehre ziehen und erkennen, daß es gegen solche Zustände und Bestrebungen des Unternehmers und seiner Handlanger nur ein Mittel gibt, das ist der Anschluß an eine starke gewerkschaftliche Organisation. Es ist Pflicht der hier in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen, sich gegen die fortgesetzten Verwässerungen ihrer Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen und der Wahrung ihrer vornehmsten Menschenrechte entgegenzutreten. Vor allem heißt es, ausgedrückt aus der bisherigen Gleichgültigkeit, hinweg aus mit der Furcht, alle Mann ohne Ausnahme hinein in die andauernden Versammlungen, in der Gesamtheit eingetretet in den Fabrikarbeiterverband und dann gemeinsam gekämpft, dann werden wir auch gemeinsam siegen.

**Stuttgart.** Am Sonntag, dem 23. Februar, fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Stallhewer und Viehhalters von Stuttgart und Umgebung statt. Kollege Kuber referierte über das Thema: „Die notwendige Organisation der Landarbeiter.“ Redner schilderte die Verhältnisse in der Landwirtschaft, hauptsächlich in dem Berufe der Stallhewer, die überlange Arbeitszeit um langen Lohn ohne einen freien Sonntag oder Feiertag. Er betonte, daß



eine Verbesserung ihrer Lage nur möglich sei durch Zusammenfassung in der Organisation. In der Diskussion wurde auch von sämtlichen Anwesenden ausgeprochen, daß sie gewillt sind, an der Organisationsarbeit teilzunehmen. Es wurde aber auch angeführt, daß von den in Deutschland vorhandenen 80 000 Stallchweizern noch eine größere Zahl organisiert sein könnte, wenn der Verband etwas mehr getan hätte. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland hergehende, nur zum Vorteil einzelner Zeitungsunternehmer gegründete Vereinigungen von Stallchweizern bestehen, welche sich die größte Mühe geben, Mitglieder zu gewinnen, die aber nicht in der Lage sind, auch nur das mindeste zur Verbesserung der Lage der Schweizer zu tun. Deswegen sei es Pflicht unseres Verbandes, mit größerer Energie zu agitieren und dahin zu wirken, daß sich die Stallchweizer einem Verbands anschließen, der in der Lage ist, etwas für seine Mitglieder zu tun. Dies sei nur der Verband der Fabrik- und Landarbeiter. Die Gründung eines eigenen Verbandes für die Landarbeiter wurde nicht gutgeheißen, einerseits wegen der Grenzfreizügigkeit und andererseits sei es doch vorteilhafter, wenn sich die Landarbeiter in einem an Mitteln und Erfahrungen reicheren Verbands zusammenschließen, als in einer neu gegründeten Organisation. Die Höhe unserer Beiträge sei nicht allein schuld an der schwachen Organisation in der Landwirtschaft, denn die Schweizer hier in den verschiedenen Orten seien in der Lage, den Beitrag zu zahlen. Es sollte nur unter Berücksichtigung mehr Aufklärung geschaffen werden, dann könnten auch dort andere Erfolge erzielt werden. Von seiten der hiesigen Verwaltung wurde angeführt, daß die Frage wegen der Gründung einer Landarbeiterorganisation nicht in den Vordergrund gestellt werden solle, sondern es müsse alles getan werden, um Aufklärung unter die noch fernstehenden Kollegen zu tragen und dieses werde nach besten Kräften von der hiesigen Zahlstelle durch Verbreitung von Flugchriften und durch Versammlungen getan werden.

**Thale.** Schwarze Agitatoren als gelbe Gewerkschaftsgründer. Zur Unterstützung der konfessionellen Sonderbündler-Gewerkschaften bietet der hiesige evangelische Pastor Riem seit längerer Zeit seine Hand. Beim letzten Vergnügen des Christlich-Sozialen Metallarbeiterverbandes, wo auch der katholische Bildar-Ries anwesend war, hielt Riem die Festrede. Neben sonstigem Lobesstich auf die Christlichen sagte er auch, daß keine Gewerkschaftsbewegung in den letzten 10 Jahren sowohl an Zahl, sowie auch an innerer Stärke, Opfermut und Opferfreudigkeit so zugenommen, als diese. Wir möchten dem Herrn Pastor den Rat geben, sich doch ein klein wenig zu informieren, wenn er über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung reden will, damit er nicht Behauptungen aufstellt, die der Wahrheit zuwider sind. Am Sonntag, dem 8. März, fand nun auf Veranlassung des Pastors Riem für die beiden hiesigen evangelischen Männer- und Jugendvereine im kleinen Hüttenfeld eine Agitations-Versammlung statt. Das Referat hatte der christlich-sozialen Gewerkschaftssekretär Buchner aus Goslar übernommen. Die Zahl der Anwesenden war nicht allzu groß, trotzdem man auch die diesjährigen Konfirmanten mit herangeholt. Nach dem Abingen des Chorals „Großer Gott, wir loben dich“ hielt der Referent seine Ansprache. Er wies auf die Mangelhaftigkeit der christlichen Gewerkschaften hin im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, verbreitete dabei auch die bekannten Märgen über die sozialdemokratischen Führer. Er erklärte ferner, es müsse die Verbreitung der Presse eingeschränkt werden, da insbesondere die Jugend zu viel über öffentliche Ereignisse unterrichtet würde. (Ganz recht, alle Bücher und Zeitungen müssen verbrannt und jeder Buchdrucker muß gefängt werden. Wer etwas erfahren will, mag sich in die Kirche bemühen, dort quillt der Weisheit lauterer Born. O sanota simplicitas!) Pastor Riem als zweiter Redner kam ihm zu Hilfe. Zunächst bedauerte er, daß in so vielen Arbeiterwohnungen am Orte die sozialdemokratische „Rollestimme“ gelautet würde, was er sogar persönlich gesehen habe. (Schrecklich!) Die Arbeiter müßten an deren Stelle gute evangelische und religiöse Blätter lesen. Ferner betonte er die Weisheit, daß die meisten Forderungen der Arbeiter unerfüllbar wären, es müsse mehr Rücksicht auf die Arbeitgeber (in diesem Falle auf das Hüttenfeld) genommen werden. Die Arbeiter brauchten nicht soviel Geld für bessere Kleidung und gute Stuben anzulegen, da sich die meisten doch nur in den Kneben aufhielten. Zum Schluß wollte man die Gründung eines neuen evangelischen Arbeitervereins sofort vornehmen. Der bisherige evangelische Männer- und Junglingsverein wird mit einbezogen. Die Gründung kam aber nicht zustande; es sollen deshalb in Arbeiterkreisen Zirkulare herumgehen, um Unterschriften zu sammeln. Besonders sollen auch die Kirch-Zumörder zu Mitgliedern herangezogen werden. Zu Auswahlschilfern sollen im neuen Verein als Vorsitzende an erster Stelle Pastor Riem, zweitens Kontorführer Groß in Vorschlag gebracht werden. Hoffentlich werden bei der Lange und Aushebung dieses gelben Bruderverbandes nicht allzuviel Arbeiter als Paten teilnehmen. Trotzdem nach Schluß Pastor Riem jedem Teilnehmer die Hand drückte, und ihnen aus Herz legte, in der Öffentlichkeit nichts über den Abend verlauten zu lassen, wird es einer besonderen Warnung bei der hiesigen Arbeiterschaft nur diesem Unternehmen nicht bedürfen.

**Milit.** Die Arbeiter der hiesigen Zellstoff-Fabrik klagen über unzureichende Rührkräfte. So haben die Arbeiter in der Kocherei sehr unter Gestank zu leiden; da die Röhren defekt sind, ziehen die Dämpfe in die Arbeitsräume ein und schädigen die Gesundheit der Arbeiter. Das geht lange Zeit so, ehe eine Reparatur vorgenommen wird. Man bewahren die Arbeiter ihr Essen in den Schränken, die ihnen in der Kocherei zum Umkleiden dienen, auf. Dasselbe wird aber durch den eindringenden Gestank sehr oft ungenießbar. Eine Badegelle steht den Arbeitern nicht zur Verfügung. Früher bestand eine solche, dieselbe ist aber seit längerer Zeit abgebrochen worden. Das Sozialamtversprechen kann das doch kaum geheißen sein, denn der Gehalt des Unternehmers ist laut Verwalterumschreiben bedeutend höher wie im Jahre 1906, und die Aktionäre werden voraussichtlich nicht weniger wie 25 Prozent Dividende erhalten. Also immer noch gewaltige Profite, mehr Geld für die Herren Aktionäre — niedrigere Löhne, kein Gesundheitschutz für die Arbeiter. Obendrein noch brutale Behandlung seitens der Vorgesetzten. Hierfür nur ein Beispiel: Ein junger 17jähriger Arbeiter, der beim Holzschleifen beschäftigt war, wurde vom Meister Schönmühle zum Holztragen kommandiert. Als er erwiderte: „So daß kann ich nicht an die Arbeit, ich bin noch sehr unwillig“, versetzte ihm der Meister ein paar Schläge ins Gesicht. Es wäre doch sehr wünschenswert, wenn dieser gute Mann sich anderer Umgangsformen gegenüber den Arbeitern befähigen würde. Aber den Arbeitern kann nicht genug und nachdrücklich gesagt werden: Rally ihr eine bessere Behandlung, verlangt ihr eure Menschenrechte, denn hinein in den Verband!

**Gau 9.**

Am Sonntag, dem 8. März, fand in Essen eine Konferenz der im Ruhrgebiet liegenden Zahlstellen statt. Retireten waren Dortmund, Duisburg, Essen, Hattingsen, Oberhausen und Barmen durch je zwei Delegierte. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt: Die Agitation im Ruhrgebiet.

Generalsekretär Franz eröffnete die Konferenz und hielt sodann das einleitende Referat. An der Hand einer Tabelle wies er nach, daß der Fabrikarbeiterverband im Ruhrgebiet, der sogenannten „Rohlen-Verband“, ein überaus großes Agitationsgebiet habe. Unter dem Ruhrgebiet versteht man den Teil von der Rheinprovinz nach Westfalen, welcher zwischen Lippe, Rhein und Ruhr liegt. Es sind folgende Kreise: Ruhrort, Mülheim a. Ruhr, Düsseldorf, Oberhausen und Essen in der Rheinprovinz, sowie die Kreise: Recklinghausen, Schleiden, Bochum, Hattingsen, Barmen, Dortmund und Hörde in Westfalen. In diesen 16 Kreisen (7 Städte und 9 Landkreise) sind zurzeit 1231 Zahlstellen in 122 Orten, für welche der Fabrikarbeiterverband zuständig ist, und zwar 162 Betriebe aus der chemischen, 580 Betriebe aus der keramischen, 46 Betriebe aus der Papier- und 43 Betriebe aus der Kapselungs- und Zündwaren-Industrie. Ferner führt er an, in jedem dieser Betriebe sei ein einziger Kollege bei uns organisiert, so müßten wir 1231 Mitglieder im Ruhrgebiet haben. Wir haben aber kaum 200 Mitglieder in diesem ganzen

Gebiet, also über 1000 Mitglieder weniger, als Betriebe vorhanden sind. Hinzu kommt noch, daß von den Mitgliedern wenigstens die Hälfte in der Metallindustrie in Arbeit stehen, während unsere Betriebe unbesetzt bleiben. Die Ursache dieses Zustandes ist leicht zu finden. Bis jetzt wurde allgemein geglaubt, daß der Fabrikarbeiter-Verband im Ruhrgebiet nichts zu suchen hätte. Da, wo eine Organisation zustande kam, wurde sie von den Brudervereinigungen nicht nur nicht unterstützt, sondern sehr häufig wieder zugrunde gerichtet. So ist die Zahlstelle Hattingsen, sowie Oberhausen durch die Quertreibereien der hiesigen Kollegen des Metallarbeiterverbandes eingegangen. Hattingsen mußte sich an Essen und Oberhausen an Duisburg anschließen. In Mülheim a. Ruhr wurde dem Fabrikarbeiter-Verband der Anschluß an das Kartell verweigert. Der dortige Kartellvorsitzende Kenu tangeblich den Fabrikarbeiter-Verband nicht. (Ein Kartellvorsitzender, der die viergrößte Gewerkschaft nicht kennt, ist sicher ein Unikum.) Es wurde unsern Funktionären rundweg erklärt: Eine Zahlstelle eures Verbandes kommt hier nicht auf, die Arbeiter können sich andern Verbänden anschließen. Man überläßt lieber den Priestern und Christen die Arbeiter, als daß man unsern Verband aufkommen läßt. Da dieser unwürdige Zustand endlich einmal ein Ende nehmen muß, so hat sich der Gauvorstand mit dieser Sache beschäftigt. Vom Redner wurde eine statistische Arbeit hergestellt, aus welcher klar hervorgeht, was für ein Agitationsfeld hier vorhanden ist. Die Zahlen sind bereits weiter oben mitgeteilt. Um nun aber dieses Feld zu beackern, ist es unbedingt notwendig, daß eine agitatorische Kraft freigestellt wird, welche nur die Rohlenkiste zu bearbeiten hat. Der Gauvorstand sei zu dem Entschluß gekommen, eine Erlaubnis des Gauvorstandes zum nächsten Verbandstag zu beantragen. Damit sei es aber noch nicht genug. Die Erlaubnis soll derartig erfolgen, daß das Ruhrgebiet zu Westfalen kommt, jedoch soll dies für sich bleiben und einen besonderen Bezirksleiter erhalten. Wenn nun der Gauleiter für Westfalen seinen Sitz in Dortmund erhalte, so könnte derselbe seine freie Zeit im Dortmunder Revier zur Agitation verwenden. Der Bezirksleiter könnte dann seinen Sitz in Duisburg nehmen und von hier aus seine Tätigkeit entfalten.

Der Zweck der Konferenz sei nun der, daß die Kollegen, die doch in erster Linie die Verhältnisse beurteilen können, ihre Meinung hierzu sagen. Notwendig sei es nämlich, daß die Zahlstellen zur Agitation größere Beiträge aufbringen. Er schlug deshalb vor, daß alle Zahlstellen den Beitrag auf 50 Pf. pro Woche erhöhen und die 5 Pf. zur Agitation dem Bezirksleiter zur Verfügung stellen. Um ein einheitliches Arbeiten zu erreichen, würde dann dem Bezirksleiter eine Agitationskommission zur Seite gestellt. Jede Zahlstelle entsende in diese Kommission ein Mitglied und dieses habe zugleich Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung seiner Zahlstelle, sofern es nicht selbst Mitglied derselben ist. Hierdurch werde eine innige Verbindung aller Zahlstellen geschaffen.

An das Referat knüpfte sich sodann eine sehr rege Debatte an. Alle Delegierten konnten die Ausführungen des Gauleiters durch eigene Erlebnisse bekräftigen. Es ist eine Tatsache, daß in den Kreisen der freien Gewerkschaftler mit wenig Ausnahmen, zu letztem gehört erfreulicherweise das Kartell in Duisburg, eine starke Antipathie gegen unsern Verband besteht.

Kollege Hammer-Duisburg bringt den Antrag ein, daß nicht nur einer, sondern gleich zwei Bezirksleiter ernannt werden sollen, er begründet den Antrag ausführlich damit, daß nicht nur für zwei Agitatoren Arbeit vorhanden sei, sondern daß sie sich auch bald bezahlt machen werden.

Sämtliche nachfolgenden Redner stimmten dem Antrage auf Anstellung von zwei Bezirksleitern zu. Die Sitzge der beiden sollen Duisburg und Dortmund sein. Die Abgrenzung würde dann später noch erfolgen können.

Der Kollege Hammer-Duisburg formulierte sodann seinen Antrag in folgende Resolution: „Die am 8. März in Essen tagende Konferenz der Ruhrzahlstellen, auf welcher vertreten sind die Zahlstellen Dortmund, Duisburg, Essen und Barmen, sowie deren Bezirke Hattingsen und Oberhausen, erteilt den Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, für das Ruhrgebiet zwei besoldete Agitatoren anzustellen, damit dieselben die großen Arbeitermassen, für welche der Fabrikarbeiterverband zuständig ist, demselben als Mitglieder zuführen. Die Zahlstellen verpflichten sich dagegen, sobald es in deren Kräfte liegt, die Bezirksleiter zu unterstützen, sowie überall einen Vorkämpfer von 10 Pf. pro Wochenbeitrag zu erheben und davon wenigstens 5 Pf. pro Karte zur Agitation zur Verfügung zu stellen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Beschlossen wurde sodann noch, falls der Vorstand nur einen Bezirksleiter bewilligt, daß derselbe dann seinen Sitz in Essen nehmen soll. Mit dem Wunsch, daß der Hauptvorstand den Wünschen der Kollegen aus dem Ruhrgebiet Rechnung tragen möge, damit die Agitation dort einsetzen kann, wurde die Konferenz geschlossen.

**Rundschau.**

**Streikverpflichtige Streikunterstützung.** In Rostock waren Streikverpflichtige für die bezogene Streikunterstützung zur Einkommensteuer herangezogen worden. Nach der Rostocker Einkommensteuerverordnung gelten u. a. als steuerpflichtiges Einkommen, besondere Einkünfte aus Rechten auf wiederkehrende Gebungen und Vorteile irgendwelcher Art. Da nun die Gewerkschaften ein Recht auf Streik- und Gemagregelunterstützung nicht gewährt, wurde vom Rostocker Arbeitersekretariat beim Ministerium des Innern Beschwerde erhoben. Dabei wurde noch besonders darauf verwiesen, daß die Gewährung von Unterstützungen durch die Gewerkschaften von deren finanziellen Mitteln abhängt. Diese setzen sich aber ausschließlich zusammen aus den Beiträgen der Mitglieder. Diese Beiträge sind aber nach der Rostocker Verordnung über die Einkommensteuer ein Teil jenes Einkommens, das die Arbeiter versteuern müssen; solche Beiträge können sie nach jener Verordnung von ihrem Einkommen nicht in Abzug bringen. Soll nun die aus den schon versteuerten Beiträgen zusammengesetzte Streikunterstützung als steuerpflichtiges Einkommen gelten, so ergibt sich, daß ein Teil des Einkommens der Arbeiter zweimal besteuert wird. Trotz dieser klaren Darstellung wurde die Behörde des Arbeitersekretariats vom Ministerium abgemittelt. Es soll nunmehr die Entscheidung des mecklenburgischen Staatsministeriums angerechnet werden. — Das sächsische Finanzministerium hat bekanntlich entschieden, daß die Streikunterstützung nicht besteuert zu werden braucht.

**Verbandsnachrichten.**

**Vom 10. März ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:**  
 Zwickau 5,10. Offenbach a. M. 800.— Bremen 800.—  
 Schönebeck a. E. 500.— Düsseldorf 150.— Minden i. Westf. 150.—  
 Nürnberg 0,75. Albstadt 4,80. Ludwigschafen 800.—  
 Verbnung 40.— Regensburg 3,60. Barth 3,45. Friedrichsfeld 0,90.  
 Fülde 18,42. Kolmar 16,20. Halbe 5,20. Göppingen 200.—  
 Guben 1,50. Straubing 1,40.  
 Schluß: Montag, 16. März, mittags 12 Uhr.  
 Fr. Brunns, Kassierer.  
 Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingelangt:  
 Lampertshausen, Halbe, Kolmar, Fülde.  
 Neue Bestreife sind zurzeit im Druck und kommen in ca. 8 Tagen zum Versand. Da die alten vergriffen sind, müssen sich die Zahlstellen, die Bestellungen gemacht haben, bis dahin gedr. sen.  
**Zusammenhang zur Erhebung von Erwerbsbeiträgen:**  
 Andernach. 5 Pf. pro Mitglied und Woche vom 1. April 1908 an.  
 Wittweide i. Co. 5 Pf. pro Mitglied und Woche vom 1. April 1908 an.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**  
 251 841. Karl Kramer's Meyer, eingetreten am 18. April 1907 in Verbnung.  
 251 850. Wilhelm Kramer, eingetreten am 24. Mai 1907 in Verbnung.  
 205 868. Wiltor Saffa, eingetreten in Sonneberg (Sachl. Nr. 12).  
 24 688. Paul R. ist in Höchst a. M. ausgeschlossen. Das Buch ist demselben abzunehmen. Hat sich angeblich nach Hamburg gewandt.

**Gefundene Mitgliedsbücher.**  
 Gefunden ist das Mitgliedsbuch 288 094 auf den Namen Johann Theodor Scholl, geb. 12. Februar 1868, am 28. Januar 1908 abgemeldet in Höchst a. M. Das Buch ist in Darmstadt in der Frankfurterstraße gefunden. Abzurufen beim Vorstand.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
 Gagen. Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Georg Deventhal, Behringhausstraße 41, 3. Et., von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.  
 Garkoch. Jakob Schmidt, Kaiserpfad 11.  
 Gaurahütte. Joseph Supja, Siemianowiz, Post Gaurahütte, Wandgasse 45.  
 Hoesfelden. v. Hof, Georg Bleichschmidt, Oberlogauerstraße 59.  
 Pinnau. v. Hermann v. d. Heide, Köpplerstraße 33, Herberge bei Frau Ledowski, Köpplerstraße 4. Dasselbst Auszahlung der Reiseunterstützung.  
 Hendsburg. G. Schulz, Hendsburg-Büdelndorf, Neue Dorfstraße 36.  
 Schildehe. Wilhelm Trefeler, Amselfstraße 15.  
 Wiltor. Julius Stude, Krumwel.  
 Wittenberg. G. Galle, Karl Krüger, Dessauerstraße 44. (Restaurant „Zur Linde“). Reiseunterstützung bei R. Klein-Schmager, R. Wittenberg, Grünstraße 6. Auszahlung der Ortsunterstützung Sonntags nachmittags von 1—2 Uhr.

**Briefkasten.**  
 G. in L. Euer Bericht kann nicht aufgenommen werden, weil böse Beispiele gute Sitten verderben. Vielleicht studiert ihr einmal das Protokoll des letzten Verbandstags, Seite 202, Zeilen 33 und 34.  
 M. Leipzig. Aufnahme abgelehnt. Wer sich zur Landarbeiterfrage äußern will, muß wenigstens einen neuen Gedanken oder Vorschlag bringen.  
 W. Mainz. Bin ganz eurer Meinung, aber Berichte über Vertrauensmännerführungen im „Proletarier“ zu bringen, würde zu weit führen.

**Inserate.**

Für die **Einzelmitgliedschaft Plauenischer Grund u. Umgegend** wird baldigst ein tüchtiger **Geschäftsführer** gesucht. Bewerber haben außer ihrem Lebenslauf eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzureichen: 1. Die Aufgaben eines Geschäftsführers. 2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben? 3. Wie hat sich der Geschäftsführer bei bevorstehenden oder ausgebrochenen Streiks oder Ausperrungen zu verhalten? Bewerber müssen Kenntnis der sozialen Gesetzgebung besitzen und zur Abhaltung von Vortrügen befähigt sein. Die Anstellung erfolgt nach dem Verbandstagsbeschlusse. Die Bewerber müssen 2 Jahre Mitglied unserer Organisation sein und haben ihre Bewerbungen mit der „Wirtschafts-Bewerbung“ bis zum 30. März 1908 an den Unterzeichneten einzureichen. **Ernst Tauscher, Deuben, Rosenthalstr. 22.**

**Zahlstelle Stuttgart und Umgegend.**  
 Die Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen **Lokalbeamten** ist baldmöglichst neu zu besetzen. Bewerber müssen mindestens 2 Jahre unserm Verbands angehören, haben außer Sicherung ihres Lebenslaufs und ihrer bisherigen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung eine schriftliche Arbeit über: „Die Aufgaben eines Lokalbeamten“ einzuliefern. Bewerber müssen zur Abhaltung von Agitations-Vorträgen durchaus befähigt sein. Reflektanten wollen ihre Bewerbungen mit der „Wirtschafts-Bewerbung“ spätestens bis zum 29. März an unterzeichnete Adresse senden. **Karl Bentz, Kammstatt, Rosenaustr. 31 a.**

**Zahlstelle Alfeld.**  
 Die nächste **Mitglieder-Versammlung** findet am 12. März, abends 8 Uhr, im **Verkehrsbüro** statt. **Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Hamburg.**  
**Wahl zum deutschen Gewerkschafts-Kongress.**  
**Wahl-Lokale:**  
 Bernbeck: Peter Blosson, Nachtigallenstr. 4, und Frank, Ede Flachsland- und Marienstraße.  
 Wilhelmshöring: Schnack, Vogelhüttendeich, und Kulow, Alte Schleuse.  
 Nieder-Georgswarder: Johann Sonneborn, Nieder-Georgswarder 100.  
 Gamm-Bergfelde: W. Wiese, Dorfkelammweg, und L. Sobst, Ede Landwehr- und Marienstraße 2.  
 Wandstedt: J. Bruhns, „Garnome“, Hamburgerstraße 27, und H. Stoffers, Bollsdorferstraße.  
 Rotherburgsort und Beddel: Aug. Elser, Ede Reginenstraße und Mühlweg, und Fritz Niemann, Vieländerstraße 56.  
 Hamburg: J. Planeth, Theilfeld 21, u. J. Hahnkamp, Nibbenstr. 64.  
 St. Pauli und Süd-Gimsbüttel: W. Glasshoff, Jägerstr. 11.  
 Gimsbüttel R.-B. und Bangesfelde: Fr. Strook, Fruchtallee 70.  
 Gildes: J. Bruhns, „Garnome“, Hamburgerstraße 27, und L. Sobst, Ede Landwehr- und Marienstraße 2.  
 St. Georg: Karl Pink, Frankensteinstraße 13.  
 Wltenhorst: Franz Möller, Ede Bach- und Moogstraße.  
 Winterhude: Aug. Herzberg, Barmbeckerstr. 163.  
 Eppendorfer-Rothstedt: Fr. Kay, Bönenstr. 39, Ede Goflerstraße.  
 Gildesstedt und Stellingen: A. Lange, Fiederstraße 211.  
 Schnelsen und Niendorf: Schnelsen Hof (Wesler: Reinkoek).  
 Altona: J. Rothnagel, Wilhelmstr. 85.  
 Barmbeck und Horn: Aug. Bühr, „Zum lechten Keller“, Horn-Landstraße 339.  
 Bramfeld: Ernst Schacht, Bramfeld.  
 Die Obmannen und Bevollmächtigten werden ersucht, auf obige Veranstaltung besonders hinzuwirken.  
 Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, am 5. April an der Wahlurne zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Osnabrück II (Welle).**  
 Die nächste **Mitglieder-Versammlung** findet am Sonntag, dem 22. März, nachmittags 4 Uhr, im **Pottschuck Saal** statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben und erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen. **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Wforzheim.**  
 Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, im Lokal „Zum Falkon“; Vortrag über **Stratzenversicherung**, gehalten von dem Bevollmächtigten der hiesigen Ortsverwaltung, Herrn Gierlich, Pienz laden wie die Kollegen und Kolleginnen ein. **Die Verwaltung.**



## Wirtschaftliche Umschau.

**Produktionseinschränkung. — Die Gewerkschaft als Versicherung. — Soziale Rückständigkeit. — Höhe Gewerkschaftsbeiträge. — Lebensmittelteuerung. — Kampf im Baugewerbe. — Pläne des Unternehmertums. — Solidarität der Arbeiterschaft.**

Aus den letzten Wochen sind zwei bedeutungsvolle Ereignisse zu besprechen. Es ist die beschlossene Produktions-einschränkung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats und der wahrscheinlich gewordene Niesenkampf im Baugewerbe. Das Syndikat der Kohlenmagnaten hat angeordnet, daß seine Mitglieder von der Beteiligung in der Kohlenförderung nur noch 90 Prozent, von der in der Kohlerzeugung gar nur noch 80 Prozent fördern resp. produzieren. Das hat nicht bloß für die Bergarbeiter große Bedeutung, es verringert nicht nur diesen den Arbeitsmarkt; in jenem Beschluß dokumentiert sich der allgemeine Konjunkturmangel. Die Kohlenverbrauchende Industrie hat ihre Bezüge bedeutend eingeschränkt, weil bei ihr die Beschäftigung knapp geworden ist und Aufträge in nur beschränktem Umfang vorliegen. Die Einschränkung in der Produktion von Brennmaterialien ist gewissermaßen die Registratur, die anzeigt, um wieviel Grad die Beschäftigung abgenommen hat, wie groß die Arbeitslosigkeit bereits ist oder in nächster Zeit werden wird. Und wenn man dabei erwägt, daß die Besenherren eine noch weitere Einschränkung ankündigen, falls es nicht gelinge, größere Mengen Kohlen an das Ausland abzugeben, dann erscheint die Zukunft in wenig rosigem Licht. Und man hat eine nette Illustration zu dem Kaiserwort von der gesicherten Existenz des Arbeiters.

In gewissem Sinne kann der Arbeiter nur dann von einer Sicherung gegen die äußerste Not reden, wenn er der gewerkschaftlichen Organisation mit ihren Unterstützungseinrichtungen angeschlossen ist. Ungezählte Tausende hätte die letzte Krise schon der Armenverwaltung zugeführt, hätte Hunger und Elend bei ihnen Gast werden lassen, wenn nicht die Arbeitslosen- und Erwerbslosenunterstützung vor dem Schlimmsten bewahrt. Selbstverständlich kann solche Unterstützung nicht von der Notwendigkeit starker Einschränkung ent- stehen, was aber hat die bürgerliche Gesellschaft der sozialen gewerkschaftlichen Betätigung an Gleichwertigem an die Seite zu stellen? Nichts!

Das heftige Drängen der modernen Arbeiterbewegung, die Angst vor der Sozialdemokratie hat die Gesellschaft erst so weit bringen können, in bescheidenem Maße für die Arbeitsfähigen, für die Kranken, Unfallverletzten und Invaliden zu sorgen; für die arbeitsfähigen und unverschuldet Erwerbslosen etwas zu tun, erklärt sie sich außerstande. Eine schärfere Beurteilung der als göttlich gepriesenen Gesellschaftsordnung, als die Dhmacht, gegen die Arbeitslosigkeit etwas zu tun, ist kaum denkbar. Nur in einzelnen Kommunen hat man sich dazu aufgeschwungen, sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Das in den Kommunen herrschende Grundstückspekulanten- und ein von sozialem Gewissen nicht behindertes Speisbürgertum begnügt sich gewöhnlich damit, die Arbeitslosen mit albernem und hämischen Bemerkungen zu regalisieren, die sowohl von kleinlicher Gefäßigkeit gegen die Gewerkschaften, als auch von unglaublicher volkswirtschaftlicher Einfichtlosigkeit Zeugnis ablegen. Einmal läßt sich einer der Kommunalgewaltigen vernehmen, der fest und kühn behauptet, die Arbeitslosigkeit sei eine Folge der Streiks. Dummheit, du bist König! Könnte man angesichts solcher Argumentation ausrufen. Die bürgerlichen National- ökonomen bezeichnen die Krise als einen Zustand der Ueber- produktion. Aber den Versuch, nachzuweisen, daß die kapitalistische Ueberproduktion entstanden ist, weil die Arbeiter in einzelnen Berufen gestreikt haben — oder ausgesperrt waren — hat doch noch kein Wirtschaftspolitiker unternommen. Solcher Zusammenhang besteht lediglich in der Phantasie frei- sinniger Stadtgrößen, oder er wird von ihnen erfunden, um sich sozialen Verpflichtungen zu entziehen.

Gerade so sieht es mit dem andern Argument aus, das gegen die Forderung, den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, ausgespielt wird. Die Arbeiter sollen die hohen Gewerkschaftsbeiträge sparen! So rufen die fetten Spießer, die für ihre eigenen Verbände, die die Aufgabe haben, die Arbeiter zu bekämpfen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, das Vielfache der Gewerkschaftsbeiträge bezahlen. Das Zünftertum würde es natürlich gern sehen, wenn die Arbeiter ihre eigene Organisation vernachlässigten, desto leichteres Spiel würden dann ja die Schachmattverbände haben. Gerade weil man weiß, daß man den Arbeitern noch viel schlechtere Arbeitsbedingungen diktieren könnte, wenn die Gewerkschaften nicht beständen, darum verfolgt man diese mit so glühenden Hesse. Uebrigens leiden diejenigen, die die Gewerkschaftsbeiträge ersparten und daher nun auch von den gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen ausgeschlossen sind; viel mehr unter der Arbeitslosigkeit als jene, die sich durch den Anschluß an die Gewerkschaft vor der größten Not sicherten. Welche Gefühle müssen die stadtväterlichen Ermahnungen nun aber bei denen auslösen, die die Gewerkschaftsbeiträge ersparten und nun mit Hinweis auf diese Ersparnisse — an die Armenverwaltung verwiesen sind? Man darf wohl erwarten, daß die Behandlung der Arbeits- losenfrage in den Kommunen auf die Indifferenten er- zieherisch einwirken wird.

Die schneidenden, schmerzenden Folgen der jetzigen Ar- beitslosigkeit werden verschärft durch die anhaltende Lebens- mittelteuerung. In den letzten Wochen schien es zuweilen, als würden die Getreidepreise, die ja bis zu einer hier noch nie gekannten Höhe hinaufgeschleudert waren, doch wieder merk- lich nachlassen. Das war trügerischer Schein. Wohl gab es an den Börsen, in der Hauptsache wohl infolge spekula- tiver Eingriffe, größere Preisschwankungen, aber schließlich entfernten sich die Preise doch nicht weit vom Höchststande. Am 26. Februar d. J. notierte Mai-Weizen in Berlin 210 Mark, am 4. März aber wieder 215,25 Mark. Roggen ging in derselben Zeit von 200,25 Mark auf 207,50 Mark in die Höhe. Diese Preise erheben sich um 51,40 Mark resp. 66,8 Mark über den Durchschnitt des Jahres 1901. Gegenüber einer solchen ganz exorbitanten Steigerung haben Schwankungen, die sich zwischen den obigen Sätzen halten, für den Konsum wenig zu bedeuten. Die Konsum- menten haben mit der betrüblichen Tatsache zu rechnen, daß sie in absehbarer Zeit von den hohen Getreidepreisen, die die Badwaren bereits zu erschreckenden Witzigkeiten haben zu- sammenzuschrammen lassen, nicht befreit werden.

Die verteuerte Lebenshaltung zwingt die Arbeiterschaft, sich mit aller Energie gegen jede Verschlechterung der Ar- beitsverhältnisse zu sträuben. In den meisten Fällen bedeutet bei den jetzigen Lebnungsverhältnissen jede Lohnsenkung direkte Not, Unterernährung, und darum hat das andre, eingangs hervorgehobene Moment besondere Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Schon im vorigen Jahre wurde es offenkundig, daß das organisierte Bauunternehmertum zu einem großen Schlage gegen die Arbeiter mobilisierte. Man will der für das Unternehmertum lästigen Mitbestim- mung der Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen entboden sein; man will despotisch diktieren und verschlechtern können. Eine Reihe äußerer Umstände, die die Position der Unternehmer stärken, lassen es diesen anscheinend rüchlich erscheinen, den schon längst geplanten Schlag in diesem Jahre auszuführen. Infolge des hohen Geldpreises (die Hypothekentnehmer mußten bis zu 7 Prozent Zinsen zahlen; dazu vielfach auch noch Abschluß- provisionen) lag schon im vergangenen Jahre das Baugeschäft stark darnieder. Bis heute haben sich die Geldmarktverhält- nisse noch nicht wesentlich gebessert. Dazu hat die Abflauung der Beschäftigung in fast allen Industrien die Baulust noch weiter abgeschwächt, so daß im laufenden Jahre die Bautätig- keit wesentlich geringer sein dürfte als im vorigen Jahre. Auf jeden Fall wird am Baumarkt die Nachfrage nach Ar- beitskräften hinter dem Angebot zurückbleiben. Die ungelern- ten Kräfte, die aus der Landwirtschaft dem Baumarkte zu- strömen, bleiben überschüssig, und das Unternehmertum hofft,

daß die Ueberschüssigen durch ihr Angebot den Widerstand der andern gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen brechen. Und wenn es gelingt, die baugewerkschaftlichen Ver- bände zu desorganisieren, dann hat man gewonnen, dann sind die Bauarbeiter ein Spielball der Willkür des Unternehmertums. Darum geht man mit Vorbedacht gegen die Verbände vor. Diesen werden bei den Verhandlungen Zumutungen gestellt, von denen man weiß, daß sie nicht akzep- tiert werden können. Die Unternehmer rechnen darauf, daß die verschiedenen Verbandslösungen die ihnen gestellten Bedingungen ablehnen.

Die Kalkulation der Unternehmer geht dahin: Gehen die Führer auf unsere Bedingungen ein, dann gibt es in den Mitgliebschaften große Unzufriedenheit und Empörung. Das schwächt die Arbeiterorganisationen dermaßen, daß sie dann nicht in der Lage sind, noch weitere Verschlechterungen abzu- wehren! Deshalb werden die Führer, so rechnet man, unsere Bedingungen jedenfalls nicht anerkennen. Dann ordnen wir Aussperrungen an. Die so schon vorhandene Arbeitslosig- keit wird noch erheblich größer. Die Kassen der Gewerks- chaften werden in so umfangreichem Maße in Anspruch ge- nommen, daß von einer Unterstützung der Nichtorganisierten gar keine Rede sein kann. Diese werden sich daher bedingungs- los zur Verfügung stellen. Und wenn die Verbände die Unterstützungen einschränken müssen, dann gibt es auch hier noch Unzufriedenheit, so daß, wenn die Aufnahme der Arbeit gestattet wird, unter den Bedingungen, die wir diktieren, dann die Desorganisation da ist, die Gewerkschaften vollständig aus- geschaltet sind! Mag das Unternehmertum sich auch all zu fähnen Träumen hingeben, die Ermahnungen lassen aber keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter Besonnenheit zeigen, eiserne Disziplin bewahren müssen. Wie rüchichtslos das Unternehmertum vorgehen gedenkt, das kann man sich nach dem Beschluß der Berliner Bauhewer, ab Mitte März die Löhne ganz all- gemein zu reduzieren, genügend ausmalen. Mehr denn je sind in dem drohenden Kampfe Einmütigkeit und Geschlossenheit Vorbedingungen für den Sieg der Arbeiter.

Das darf nicht außer Acht gelassen werden: das Ringen zwischen Bauarbeiter und Unternehmertum ist von größter Bedeutung für die Gesamtarbeiterschaft. Ein Sieg des Bau- unternehmertums wäre das Signal zu Angriffen der Unter- nehmer gegen die Arbeiter in allen Gewerben. Das werden die Bauarbeiter bei Beurteilung der Haltung ihrer Führer berücksichtigen. Das kampferprobte und sieggewohnte Heer der Bauarbeiter wird, wenn es denn sein muß, auch diesen Kampf aufnehmen und zu einem guten Ende führen. Ander- seits muß aber auch die gesamte Arbeiterschaft praktisch betätigt, daß sie in dem Kampf gegen die Bauarbeiter einen Schlag gegen die Gesamtheit sieht. In dem ent- scheidenden Kampf muß die gesamte organisierte, klassen- bewußte Arbeiterschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Bauarbeiter eintreten. An diesem Faktor, den die Baugewaltigen in ihre Berechnungen nicht mit ein- gestellt haben, müssen deren Pläne zuschanden werden.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

**— Achtung, Ziegelearbeiter!**  
Um in diesem Jahre eine intensive Agitation unter den Ziegelearbeitern zu ermöglichen, ist es notwendig, die wenigen Sommermonate zweckmäßig auszunutzen. Es ist deshalb erforderlich, daß wir schon jetzt unseren Plan festzulegen, um nicht während der Saison die Zeit mit Vorarbeiten zu verstreuen. Alle Kollegen werden des- wegen ersucht, uns baldigst mitzuteilen, ob und zu welcher Zeit sie eine Unterstützung in dieser Sache von uns wünschen.

**Die Arbeitsverhältnisse in der Ziegelindustrie.**  
Ueber obiges Thema referierte Herr S. Sachs-Berlin in der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller am 22. Februar 1908. Die Unterlagen seines Vortrags bildeten circa 250 Fragebogen, die von den Verbandsmitgliedern ausgefüllt waren. Das Resultat der Umfrage, bezw. der Inhalt des Vortrags ist nach mancher Richtung hin interessant. Selbstverständlich wird an allen Ecken und Enden über Arbeitermangel geklagt. Das ist bei den

## Karl Marx und die Arbeiter.\*)

(Zu Marx' fünfundsanzigstem Todestage.)

Die Buchgelehrten können es nicht lassen, daß Karl Marx, der tiefe Denker, der abstrakte Logiker, der dunkle Seher, von dem un- gebildeten schlichten Arbeiter erfaßt werde, daß der Mann hinter dem Schraubstock in irgend einer Geistes- oder Gefühlsgemeinschaft mit Marx, dem Ueberwinder Hegels und Ricardos, stehen könne. Und die sogenannten „Praktiker“ der Politik, die den Strom der Geschichte zu beherrschen meinen, wenn sie die Schaumblasen seiner Wella zu erschöpfen suchen, halten wohl dafür, daß die Arbeiter mit Marx zu durchdringen nicht bloß undurchführbar, sondern sogar nachteilig sei, weil das Marx'sche System sie zu weit von der drängenden Aufgabe des Tages abführe. Buchgelehrte und Praktiker dieser Art wissen nicht, was Karl Marx dem Arbeiter ist, was er dem Arbeiter sein muß.

Marx' Schriften buchmäßig zu verstehen ist schwer, wie aus Naturstoffen chemisch Eisweiß oder gar Brot zu erzeugen. Das einmal erzeugte Brot zu essen ist leicht für jeden, der den Ragen dazu hat. Marx' Grundlehren zu erfassen ist für den Arbeiter nicht Bemühung, sondern Erlebung seines Geistes von der Dual des Zweifels und des feilschen Hungers.

Die Menschen beruhigen sich leicht bei dem Irrtum, wie bei der Wahrheit, soweit Irrtum oder Wahrheit nur mit ihrem äußern Dasein übereinstimmen. Milliarden Bauern war durch Jahrhunderte wohl bei dem Glauben, daß jeder Blitz eigens aus der Hand eines mächtigen Gottes herabgeschickt werde auf diese sündige Menschheit. Der Hausvater, der über Söhne und Töchter, Anechte und Mägde, Gel und Gefährten die Weisheit schwang, sollte irgend einen Zweifel an dem blühschwimmenden Himmelvater hegen? Aristoteles findet, daß der Mensch die Götter nach seinem Ebenbilde sich erschaffe. Seine Bemerkung ist zu eng: Nicht nur die himmlischen, sondern auch die irdischen Herren und Herrlichkeiten erschaffen sie so. Der Hausvater, der Landesvater und der Himmelvater sind drei Sprossen an derselben Leiter, die ins Paradies führt. Das ganze Weltbild, das sich die

Volksmassen zu einer Zeit machen, ist bloß das erweiterte Bild ihres eigenen wirtschaftlichen Daseins mit allen Freuden und Leiden, mit aller Furcht und Hoffnung. Und solange sie in der gleichen Lage verharren, haben sie keinen Anlaß, an der Wirklichkeit und Nichtigkeit dieses Weltbildes zu zweifeln.

Der Arbeiter, der mit mir sein Verhältnis zu Marx nun prüfen will, denke zurück an seinen Vater, an seine Großväter und Ahnen, soweit er von ihnen gehört — er wird auf Männer stoßen, die nicht Fabrikarbeiter oder Gehilfen, nicht Proletarier waren, son- dern Hausväter: Bauern, Handwerker oder Kaufleute, die im eigenen Hause saßen und dort über Kinder und Selber ein strenges Regime führten. Man sagte zu Vater und Mutter nicht „Du“, denn sie waren Obrigkeiten, die höchsten neben Gott und dem Kaiser. Man arbeitete im eigenen Hause, auf eigenem Grunde, für sich und seine Familie. Pflanzte der Hausvater einen Birnbäum beim Brunnen im Hofe, so dachte er an den Entel, der in dessen Schatten sitzen und von diesem Baume essen sollte. Man war Sohn des Hauses, um selbst Hausvater zu werden und Söhne zu zeugen. Was man als Sohn arbeitete und schuf, tat man, weil man es als Hausvater selbst nutzen konnte. Alles hatte bestimmten Sinn und Zweck, jedermanns Bestimmung war klar. Und das Verzeihungs- wort: „Ich weiß nicht, wozu ich auf der Welt bin!“ war selten gehört und galt als frevelhaft. Nichts schien selbst- verständlicher, als — woher wir kommen und wohin wir gehen. Wir sind gekommen vom Vater — einerlei, ob man den himmlischen oder irdischen vor Augen hat — „werden Väter und kehren wieder heim zum Vater, von wannen wir gekommen sind“ — sowohl in das Elterngrab, wie in das Paradies. Und auf diesem Lebenswege genos der Mensch manches, erlitt er manches Leid, aber er lebte, lebte für sich, sein eigenes Leben, in seinem Verbände lieber und teurer Menschen, er war Mensch.

Aber da kam in die Welt magisches Erdbeben und warf unsre Ahnen und Großväter von Haus und Hof auf die Straße. Ein Mensch auf der Straße — das ist sinnlos! Kann er denn vom Straßenstaube leben? Wie soll er auf dem Schotterhaufen den Hausvater spielen? Ist das ein Haus? Und wenn er hier im Straßenstaube verstreut, wie findet er zu seinem Vater heim ins Grab? Die Proletarisierung machte mit einem Male alles sinnlos,

was durch Jahrtausende einen falschen, aber doch einen guten Sinn gehabt hatte. Ein Mensch, der auf der Straße irrt, woher kommt er, wohin geht er? Niemand weiß es, ja er selbst nicht. Wer seine Selbstbestimmung, ja seine objektive Bestimmung verloren hat, ist kein Mensch mehr, er ist eher ein Stein des Anstoßes, ein Vergernis. Und Tausende haben sich im Straßengraben die Frage gestellt: Wozu bin ich auf der Welt? und haben sie mit praktischer Selbstverneinung beantwortet.

Von der Straße las den Proletarier der Kapitalist auf und gab in der Fabrik seinem Leben wieder eine Bestimmung: „Arbeite für mich!“ Nun stand es mit ihm schlechter als vorher mit dem Bestimmungswort: Nicht für sich selbst arbeiten, das, was man er- zeugt, das Wert der Hände, nicht selbst besitzen, noch seinen Leibes- erben hinterlassen, sondern ganz dem andern, dem Fremden aus- liefern, das war wider alle hergebrachte Ordnung, das hieß seine eigene Persönlichkeit auslöschen, sich selbst zum Mittel, zum Werkzeug eines andern, noch dazu Feindlichen machen. Der schmale Lohn für eine endlose Arbeitszeit reichte eben noch hin, Muskel und Nerven zu erhalten, nicht aber dem Leben irgend einen Freude zu erkaufen. Er ist kein Familienlohn — auch heute noch nicht! — er gestattet nicht, ein Weib zu erhalten und Kinder für sich aufzu- ziehen.

So blieb dem Proletarier anfangs nur eine Freude, die Arbeit. Der technische und physiologische Prozeß der Arbeit erquidete ja unter normalen Umständen den Verstand und den Körper. Und in jenen Zeiten war die Arbeit eine mühsam erlernte, hohe Kunst des In- dividuums und also Macht gegenüber dem Herrn. Anschaulich hat Marx gelehrt, wie der junge Kapitalist den Künstlerlohn der Ar- beiter brach: er, der über ganze Arbeitertrupps verfügte, zerklegte jede Arbeit durch die sogenannte Arbeitsteilung in einfache, immer gleiche Hand- und Leibesbewegungen. Durch die ursprüngliche Proletarisie- rung hatte die Entmenslichung sozial begonnen, nun wurde sie technisch fortgeführt: der Arbeitende ist in der Manufaktur nur mehr ein Motor, eine Maschine. Der einzelne erzeugt nun überhaupt nichts mehr ganz, er steht sein Werk nicht mehr, und was er als einzelner vollbringt, ist nichts andres als groteske, verstandlosse Leibesbewegung. Für ihn selbst sinnlos ist also das Letzte, was ihm geblieben — seine Arbeit.

\* Aus der österreichischen sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“.



Ziegeleibestizern chronisch. Merkwürdig ist nur, daß die Herren geistlich über die Ursachen dieser Erscheinung hinweggehen. Herr Sachs berichtet, daß der Arbeitermangel in Ost- und Westpreußen, also den industriearmen Gegenden, am größten, und in Rheinland und Westfalen, also der industriereichsten Gegenden, am wenigsten fühlbar gewesen ist. Zugleich berichtet er aber auch, daß die Löhne in Rheinland und Westfalen am höchsten, in Ost- und Westpreußen am niedrigsten seien. Trotz dieses doch so offensichtlichen Zusammenhangs zwischen Lohn und Arbeitermangel suchen die Herren allerdings Sündenböcke und Schimpfen wie die Rührspagen auf die bösen Arbeiter, die sich nicht willenlos mit Hungerlöhnen bei anstößiger Arbeitszeit abfinden lassen wollen. Nach dem Bericht des Herrn Sachs sind den Ziegeleibestizern die Arbeitskräfte nicht nur von den industriellen Unternehmern, sondern auch von den benachbarten Landwirten absperrig gemacht worden. Herr Wendland, Generalsekretär des Bundes der Industriellen, erbat sich sofort das betreffende Material, das er als „eine wirkliche Waffe gegen das laute Schreien der Landwirtschaft“ (über Wegsperrern der Arbeiter durch die Industrie. D. Red.) bezeichnet.

Für die „Ehrlichkeit“ der Unternehmer untereinander ist folgender Fall bezeichnend: Ein Ziegeleibestizer hatte sich mit Mühe und Kosten Arbeiter verschafft. Von seinen Konkurrenten wurden sie ihm durch das Versprechen höherer Löhne fortgelockt. Nachher traten diese Konkurrenten an den ersten Unternehmer heran mit dem Vorschlag — gemeinsam niedrigere Löhne zu vereinbaren. Anstatt die Namen dieser sauberen Unternehmer zu nennen und solche Praktiken geübend zu kennzeichnen, kramt Herr Sachs über die Arbeiterorganisationen, die durch solches Vorgehen gefördert würden. Er schreibt:

„Das schlimmste hierbei ist, daß sich natürlich die Arbeiterorganisationen, denen dieselbe jede soziale Berechtigung abgesprochen wird (Was wir uns davor hüten! D. Red.), solche Fälle zumut machen und sie gründlich ausbeuten. Man braucht sich dann gar nicht zu wundern, daß sich der Einfluß der Arbeiterverbände immer fühlbarer macht. Ihre Wirksamkeit zeigte sich bei 1/3 der Fragebogenantworten, und zwar hauptsächlich in Norddeutschland, außer Pommern; ferner in Brandenburg, Hannover, Westfalen, Königlich Sachsen und Bayern; etwas weniger in Anhalt, Provinz Sachsen und Thüringen, sowie in den Rheinländern; dann folgen Ost- und Westpreußen, Polen, Schlesien, Sibirien und Baden. In Betracht kommen hierbei außer den sozialdemokratischen Verbänden, die überall verbreitet sind, und im Norden sowie im Königreich Sachsen fast ausschließlich herrschen, im Osten die freien Gewerkschaften, der Streikverband, der polnische Arbeiterverband und die christlichen Gewerkschaften; in Mitteldeutschland der hannoversche Arbeiterverband, die christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften, der Gewerkschaft der Ziegler in Sippa und der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Der Gewerkschaft der Ziegler in Sippa macht sich neben den sozialdemokratischen und den christlichen Gewerkschaften auch im Rheinland bemerkbar, und in Süddeutschland, in Bayern und Württemberg wirken außer den Gewerkschaften und dem Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands auch noch der Verband christlicher Keramarbeiter und ein italienischer Arbeiterverband.“

Das ist ja eine wunderbare Liste von Arbeiterverbänden im Zieglergewerbe. Da muß den Unternehmern ja das Gruseln kommen. Weil wir aber gute Menschen sind, wollen wir den Herren beraten, daß ihr Referat von den Arbeiterorganisationen bezogen deren Gliederung nichts, aber auch rein gar nichts versteht. Mit so vielen Verbänden haben sie es wirklich nicht zu tun. Wenn Herr Sachs z. B. von „sozialdemokratischen“ Verbänden redet, so meint er zweifellos unsere Organisation; denn wir werden gemeinhin als sozialdemokratisch bezeichnet. Mit den freien Gewerkschaften kann er wiederum nur unsern Verband meinen, denn eine andere freie Gewerkschaft für Ziegler gibt es nicht. Auch die Bezeichnung Streikverband dürfte auf uns gemünzt sein, denn die anderen Organisationen des Zieglerberufs (Christliche und kirchlich-demokratische) können Streiks heute noch kaum durchführen. Wierens ist der hannoversche Arbeiterverband kein anderer wie der unsrige, der Name dürfte daher kommen, daß unser Verband in Hannover seinen Sitz hat. Hässlich endlich folgt noch zweimal die richtige Benennung unserer Organisation als Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. So, Herr Sachs, merken Sie sich für die Zukunft!

Nach der vorläufigen Einteilung, die übrigens deutlich zeigt, welche nebenstehende Rolle die übrigen Organisationsrichtungen in der Zieglerbewegung bilden, folgt eine Jeremiade über die Wirkungen der Organisation.

Der aufstrebenden Tätigkeit dieser Verbände ist es zum großen Teil zuzuschreiben, wenn aus allen Teilen Deutschlands eine große Zahl von Arbeitsstellen, auch als Zielsetzung höherer Löhne usw. gemeldet wird. Etwa 2/3 der Fragebogenantworter sagt hierüber, also fast die Hälfte, und nur der neunste Teil der Arbeitsstellenstellungen blieb erfolglos. Beweis der Tätigkeit der gewählten Fälle sieht wieder Norddeutschland mit Ausnahme von Pommern an erster Stelle. Es folgen dann Brandenburg, Königlich Sachsen, Württemberg, Polen und Schlesien; ferner die Provinzen Ost- und Westpreußen, Hannover, Sachsen, dann Anhalt, Thüringen, Hessen, Bayern, und schließlich Baden, Elsaß-Lothringen und das Rheinland.“

Als achtmittel aller Streiks in Ziegelleien wurden von den Arbeitern gewonnen. Das stimmt auffällig mit unser Statist. überein, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diese Streiks fast ausschließlich von unserm Verbands geführt wurden. Wir hatten nämlich im Jahre 1907 in 132 Ziegelleien Lohnbewegungen, in 54 Betrieben kam es zum Streik, von den Streiks wurden 48 gewonnen. Beschäftigt waren in den Betrieben fast 1000 Arbeiter.

Herr Sachs will nun seinen Kollegen Mittel und Wege an die Hand geben, damit sie sich gegen die begehrlichen Arbeiter schütten können. Neben Gründung von Arbeiterverbänden empfiehlt er vor allem — Wohlfahrtsanstaltungen. Offen erklärt er:

„Nur die Arbeitgeber glauben, daß sich die Arbeiter erst der Wohlfahrtsanstaltungen würdig machen, sie sonstigen verdienen nicht.“ Ist grundsätzlich; die Arbeitgeber erweisen sich ja schließlich mit einer vernünftigen Fürsorge für ihre Arbeiter selbst die größte Wohlthat.“

Wir quämen dankend für die Offenheit. Wenn wir so etwas bekommen, wird nämlich immer auf die bösen Hezer geschimpft, die gar nicht einsehen wollen, wie gute Herzen die Unternehmer eigentlich besitzen. Die Arbeiter in der Zieglerindustrie aber müssen beachten, wie man sie fangen will. Mit dem Eisenstücken fragwürdiger Wohlfahrtsanstaltungen werden sie eingefesselt und mit dem Schanzmachern werden sie raffen. Die Arbeiter werden hoffentlich die richtige Lehre daraus ziehen. Sie werden ihre Organisation ausbauen und für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen. Selbstverständlich nicht in den geschlossenen, kirchlich-demokratischen und kirchlich-demokratischen, sondern im Verband der Fabrik- und Landarbeiter Deutschlands.

**Milde Strafen für Gesetzverächter.**

Schon des öftern haben wir bei Uebertretungen der Unfallgesetzbestimmungen durch die Unternehmer auf das niedrige Strafmaß hingewiesen, welches eher einer Ermüdung, als einer Bestrafung gleicht. Die lächerlich geringen Strafen rufen förmlich zur Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen, denn der Unternehmer ist in erster Linie Geschäftsmann. So lange die Strafbestimmung der durch die Uebertretung erzielten Profits nicht übersteigt, wird auch keine Änderung in dieser Beziehung eintreten. In dessen Beweiszweckung zeigen wir hier die Ziegeleibestizergesellschaft sprechen:

Die Bestrafung einer Firma, die wegen Verletzung eines vorläufigen Abkommens in der Lohnfrage von der Genossenschaft mit einer Geldstrafe belegt worden war, hat das Reichsversicherungsamt am 16. Januar d. J. mit nachstehender Begründung zurückgewiesen:

Bei der Revision des Betriebes am 13. Juni 1907 hat der technische Aufsichtsbeamte festgestellt, daß in der Longruhr vorläufige, ohne Abdeckung der Wände, abgebaut wurde, und daß größere Massen überliegen, trotzdem die Firma aus ähnlichen Anlässen in den Jahren 1904 und 1906 bereits bestraft war. Der Genossenschaftsvorstand hat daher gegen die Unternehmern eine Geldstrafe von 50 M. festgesetzt. In der hiergegen gerichteten Beschwerde behauptet die Firma, daß kurz vor dem Eintreffen des Beamten von einer Wand ein abgepresst worden sei, und ein Infolgedessen an dieser Stelle die Wand senkrecht anstand und ein Teil oben überhing. Dieses hätten die Arbeiter auch sofort abgestoßen, wenn nicht erst die Fahrt von dem abgepresstgen Ton hätte festgemacht werden müssen. Hiermit ist ein Verstoß an einer Stelle zugegeben. Nach den Angaben des technischen Aufsichtsbeamten ist aber noch an anderen Stellen der Gräberlei vorläufige abgebaut worden. Diese Angabe ist von der Firma unwiderprochen geblieben. Die Bestrafung muß hiernach als gerechtfertigt angesehen werden. Auch gegen die Höhe der Strafe liegen mit Rücksicht auf die Vorstrafen Bedenken nicht vor.

Das Reichsversicherungsamt ist daher nicht in der Lage, den Bescheid des Genossenschaftsvorstandes aufzuheben oder die Strafe zu mildern.“

Also 50 M. Strafe bei wiederholtem Rückfall. Man ist eigentlich im Zweifel, ob man sich mehr über die milde Strafe, oder über die Unverständlichkeit wundern soll, mit welcher die Unternehmer noch Günstigkeit erheben. Im 4. Quartal 1907 ereigneten sich durch das geschwundene Graben des Zones 95 Unfälle, wovon 11 tödlich verliefen. Das sind durchwegs keine Zufallsunfälle, sondern haben ihre Ursache in der überaus elenden Beschaffenheit der Arbeit. Die niedrigen Lohnsätze lassen einen vorläufigen Abbau des Zones gar nicht zu. Nur um der Gefahr des Verunglückens zu entgehen, begeben sich die Arbeiter in die Gefahr des Verunglückens. Um so unverständlicher ist es, daß die Urheber dieser Unfälle, die Unternehmer, immer so glimpflich behandelt werden. Daraus ergibt sich eine Veringschätzung des Arbeiterlebens, welche nicht geeignet sein dürfte, Vertrauen für unsern heutigen Rechtsstaat in den Reihen der Arbeiter zu erwecken. Es wäre sehr erwünscht, daß die Arbeiter bei einer Kollision mit den gesetzlichen Bestimmungen in gleicher Weise milde Richter fänden.

Das Reichsversicherungsamt hatte sich in derselben Sitzung noch mit einem zweiten widerpenstigen Ziegeleibestizer zu beschäftigen, welcher sich mit den Vorschriften betreffs Anbringung und Einhaltung der Schutzvorrichtungen durchaus nicht befreunden konnte. Verschiedene Mahnungen des revidierenden Beamten blieben bei dem Gesetzverächter wirkungslos, so daß zur Bestrafung geschritten werden mußte. Trotzdem legte der Unternehmer Berufung ein. Das Reichsversicherungsamt traf nun folgende Entscheidung:

„Der Betrieb des Ziegeleibestizers N. ist in den früheren Jahren schon mehrfach nachgesehen worden. Jedesmal mußte der technische Aufsichtsbeamte den Unternehmer auf die Beseitigung verschiedener Mängel hinweisen. Auch bei der letzten Prüfung am 19. Juni 1907 wurden mehrere, im Strafbescheid näher angegebene Verstöße festgestellt, die größtenteils bei den früheren Prüfungen gerügt worden waren. Der Genossenschaftsvorstand sah sich daher veranlaßt, gegen den Beschwerdeführer strafweise vorzugehen. In der hiergegen vorgebrachten Beschwerde behauptet der Unternehmer, nicht dafür gefordert zu haben, daß alle Beanstandungen sofort beseitigt wurden. Wenn die Arbeiter die Schutzvorrichtungen nachträglich wieder entfernt hätten, so sei nicht er, sondern der Zieglermeister dafür verantwortlich. Diese Annahme ist unzutreffend. Denn für die ordnungsmäßige Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften trägt der Berufsgenossenschaft gegenüber lediglich der Unternehmer die Verantwortung. Er hat dafür zu sorgen, daß sich der Betrieb stets in ordnungsmäßigem Zustande befindet. Hiernach muß die Bestrafung als gerechtfertigt angesehen werden. Auch gegen die Höhe der Strafe liegen mit Rücksicht darauf, daß der Beschwerdeführer bereits im Jahre 1903 wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften mit 20 M. bestraft worden ist, Bedenken nicht vor.“

Das Reichsversicherungsamt ist daher nicht in der Lage, den Bescheid des Genossenschaftsvorstandes aufzuheben oder die Strafe zu mildern.“

Obwohl die Ziegeleibestizer mit der Sozialgesetzgebung auf ständigem Kriegsfuß stehen, sind ihre Kenntnisse auf diesem Gebiete geradezu lässlich zu nennen. Sie brauchen sich wirklich nicht zu schämen, sich von ihren Arbeitern belehren zu lassen. Der Einwand, die Arbeiter hätten die Schutzvorrichtungen immer wieder entfernt, ist eine Ausrede, mit der nur die Verantwortlichkeit abgewälzt werden soll. Selbst aber, wenn dieser Einwand zutreffend wäre, so wäre das nur ein Zugeständnis, daß die Erwerbsverhältnisse so tief gedrückt sind, daß die Schutzvorrichtungen bei Erringung des Existenzminimums als hinderlich empfunden werden. Dem kann aber abgeholfen werden durch Abschaffung der erbärmlichen Lohnsätze und Einführung eines auskömmlichen Stundenlohns. Die Höhe der Strafe ist in dem vorliegenden Falle wohl abschließend verurteilt, dürfte aber, nach dem seither üblichen Strafmaß zu urteilen, 30 M. nicht zu gering sein. Eine solche Lage Handhabung der Strafbestimmungen ist aber nicht geeignet, den Unfallverhütungsvorschriften zu verhelfen. Die erfolgten Bestrafungen stehen zu den ermittelten Uebertretungen in einem solchen Mißverhältnis, daß es den Anschein gewinnt, als seien die Arbeiterstrafbestimmungen nur geschaffen, damit sie von den Unternehmern umgangen und übertritten werden. Nur einer strengen Organisation der Arbeiter wird es vorbehalten sein, hier erzehrerlich auf die Unternehmer einzuwirken und sie zur Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu zwingen.

**Aus der Zuckerindustrie.**

**§ Wer da hat, dem wird gegeben.**

Belanlich wurde im Jahre 1903 bei Schaffung des Süßstoffgesetzes beschlossen, den Firmen, die die Sacharinfabrikation einleiten mußten, eine Entschädigung zu bezahlen. Wie nunmehr vom Reichsgericht am Reichsgericht mitgeteilt ist, sind an die Inhaber von Süßstoffabriken insgesamt an Entschädigungen 3 686 066 M. r gezahlt worden. Die in Verfolg einer vom Reichsgericht angenommenen Resolution bewirkten Anläufe von Süßstoffvorräten, die aus der Zeit vor dem 1. April 1903 stammen, sind beendet. Für diesen Zweck sind insgesamt 22 617 Mark aufgewendet.

**§ Magdeburg.**

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der in Magdeburg und in den umliegenden Orten beschäftigten Kolonnen und Kollegen sind in unserm Verbandsorgan wiederholt kritischen Betrachtungen unterzogen worden. Mit nachstehendem wollen wir einen weiteren Beitrag liefern, in welcher trostlosen Lage die Zuckerfabrikarbeiter sich befinden, indem wir die Verhältnisse in der Zuckerfabrik von E. E. Sella, Magdeburg-Sudenburg, der Öffentlichkeit unterbreiten. Die Hofarbeit dieses Betriebes, haben darüber zu sagen, daß beim Tragen und Aufstellen der Zuckerstücke die Beleuchtung eine vollständig mangelnde ist. Die Arbeiter schweben ständig in der Gefahr, durch einen Schritt mit der Last von der Treppe zu stürzen oder bei Umfallen der aufgestellten Säcke unter denselben zu geraten. Daß bei dieser gefährlichen Arbeit Unfälle des öftern vorgekommen sind, durch die nicht nur Arbeiter, sondern auch Steuerbeamte üblich verletzt wurden, geht aus dem im Jahre 1907 vom Reichsminister für Handel und Gewerbe an die Reichsregierung gerichteten Erlaß mit aller Deutlichkeit hervor. Trotzdem hält es die Reichsregierung nicht für notwendig, diesen Bestimmungen Rechnung zu tragen. Der Mann, in dem die Hofarbeiter ihre Wahlzeiten einnehmen müssen, gleicht eher einem Pferdehals als einem Frühstücksraum für Menschen. Durch ein paar in Manneshöhe befindliche

Wände Fenstergehäuse bringt nur etwas Tageslicht hinein. Der Lichtmangel des Frühstücksraums ist so minimal, daß die Leute vollständig zusammengepackt sitzen müssen. Der für die Hofarbeit von der Firma gezahlte Lohn steht mit der schweren Arbeit in keinem Verhältnis. Für das Abladen von 100 Zentnern Rohzucker, das ein Mann besorgt, werden tags und Nächte 50 M. gezahlt. Das Kostende des gleichen Quantum wird mit 1 Mark berechnet. Welches Arbeitspensum geleistet werden muß, falls der Arbeiter pro Tag 3 Mark verdienen will, davon kann man sich leicht einen Begriff machen. Noch viel trauriger liegen die Verhältnisse im Winter.

Die an den Schweißspannen Beschäftigten erhalten 25 M. und 27 1/2 M. pro Stunde. Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen existieren für diese Leute nicht, sie sind gezwungen, ihre Essen während der Arbeit einzunehmen. Die Arbeitszeit beträgt somit 12 Stunden, wovon die Firma aber nur 11 Stunden bezahlt. Trotz des niedrigen Lohnes sind die Kollegen gezwungen, jeden Tag eine Stunde gratis zu arbeiten. Kann man sich ein größeres Unrecht denken? Wollen die Arbeiter 21 M. verdienen, so kann das nur durch Ueberarbeit erreicht werden. Halbe und ganze Ueberstunden sind an der Tagesordnung. Die Folgen der Ueberarbeit sind Krankheit, Sickerum und dann — die Entlassung.

Die Bodenarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 25 M. mit Ausnahme des Feders und Anspizers. Für diesen horrenden Lohn müssen die Leute ununterbrochen die in eiserne Formen befindlichen Zuckerstücke tragen. Durch die permanente Verletzung der Arbeit tragen sich die Arbeiter die Schultern vollständig wund, so daß das Blut, vermengt mit dem reichlich vergossenen Schweiß, das Gesicht durchströmt. Unter welcher unglücklichen Schmerzen die Leute der ihrer Beschäftigung zu leiden haben, kann man das Morgens beobachten, wenn sie die erste Pakt auf die wunden Schultern bekommen. Nur der kann sich einen Begriff von dieser „außerirdischen“ Arbeit machen, der die von Schmerz verzerren Gesichtszüge der Arbeiter gesehen und die ungehörigen Klagen bei der Verletzung der Arbeit gehört hat. Auch Sonntags muß gearbeitet werden. Als vor einiger Zeit des Sonntags ein paar Leute wegen vollständiger Ermattung festsetzten, die Arbeit aber auch an diesem Tage vollständig erledigt werden mußte, machte der Bodenarbeiter den Vorschlag, den übrigen Arbeitern dafür einige Stunden extra anzureden, denn sie hätten ja die Arbeit der Festsetzenden mitverrichtet. Dieser Vorschlag wurde von dem Firmeninhaber Herrn Dulon junior mit folgenden Worten abschlägig geantwortet: „Stunden gibt es nicht. Die faule Bande kann froh sein, daß ich sie überhaupt beschäftigt. Jetzt bekomme ich Leute für 1,30 M. pro Tag.“ So erlaubt man sich mit diesen ausgebeuteten und behauerwertigen Proletariern umzuspringen. Wie wenig Rücksichtsvoll mit der Gesundheit der Arbeiter umgegangen wird, ist daraus zu ersehen, daß die Leute, die in der Fabrik bei einer Temperatur von 30 bis 40 Grad arbeiten, wohl Kostentzungen in der Fabrik haben, die aber verschlossen gehalten werden. Die Arbeiter sind gezwungen, in Schweiß gebadet, bei Wind und Wetter über den Hof zu laufen, um ihre Notdurft zu verrichten. Bei der fehlenden Belüftung des Hofes liegt in der Nachtluft noch die Gefahr vor, daß die Arbeiter sich an den Rastwagen und sonstigen Gerätschaften, die den Weg zu den Aborten versperrten, den Kopf einrammen oder an den Wagenstangen aufgespießt werden. Wie fragen: Weßhalb werden die Arbeiter in der Fabrik geschlossen gehalten? Hier wäre es Sache der Gewerkschaften, von der Firma nicht nur den Grund sich angeben zu lassen, weshalb das geschieht, sondern zu verlangen, daß dieser Mißstand sofort beseitigt wird. Auch die Zuckerfabrikarbeiter sind Menschen, die beanspruchen können, daß ihrer Gesundheit mehr Schutz zuteil wird. Der Arbeiterchaft dieses Betriebes aber rufen wir zu: Raft auch auf, schließt auch zusammen und werdet Mitglieder unsres Verbandes, denn nur durch die Macht der Organisation ist es möglich, die tieftraurigen Verhältnisse zu verbessern, das menschenwürdige Gland zu lindern und eine menschenwürdige Behandlung zu erzielen.

**§ Nadel-Wespe.** Die Zuckerfabriken stehen im allgemeinen, und mit Recht, in dem Ruf, sehr niedrige Löhne zu zahlen. Ungeleht haben die Wesper und Arbeiter der Zuckerfabriken über Mangel an Gewinn nicht zu klagen. So zahlte z. B. die Zuckerfabrik zu Nadel ihren Aktionären im Vorjahr 10 Prozent Dividende und von drei Jahren sogar 20 Prozent. Diefelbe Fabrik aber bezahlt folgende „Löhne“:

Neu eintretende Arbeiter

1,50 M. pro Tag.

Solche die schon längere Zeit im Betriebe beschäftigt oder schon früher darin beschäftigt waren

1,70 M. pro Tag.

Das sind 15 bis 17 Pf. pro Stunde für erwachsene Arbeiter. Der ortsübliche Tagelohn ist für Nadel seit dem 16. Februar d. J. auf 3 M. festgesetzt worden. Das ist gewiß ein geradezu lässlicher Lohn — aber die Zuckerbarone bleiben noch um 15 bis 25 Prozent darunter. Warum? Weil in Nadel und Umgegend noch keine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, die solche Jammerlöhne beseitigt. Merkt auch, Kollegen allerorts!

**§ Dr. Fehlbekleidung.** In Nr. 9 des „Proletariers“ ist in der Notiz: „Rebbachverteilung in der Zuckerindustrie“ ein Fehler enthalten. Die Zuckerfabrik Halle hat nicht 3 48 232, sondern 3 84 232 M. Reingewinn erzielt.

**Rundschau.**

— Ein weitzer Mabe in Unternehmertum. Ein Arbeitgeber, der seine Arbeiter auf die Pflichten in bezug ihrer Organisation aufmerksam macht, gebietet leider auch noch zu den Seltenheiten. Zu Mut und Frommen aller Interessenten sei daher folgender Fall mitgeteilt:

Ein Arbeiter, der längere Zeit in der Großstadt gearbeitet und während dieser Zeit auch gewerkschaftlich organisiert war, nahm zur Abwechslung in seiner Vaterstadt bei seinem Vater Arbeit und hielt es nun nicht mehr für nötig, noch länger die Gewerkschaftsbeiträge zu bezahlen. Er trat aus der Gewerkschaft aus. Nach einiger Zeit schien es ihm bei seinem Vater auch nicht mehr zu gefallen und so suchte er wieder bei seinem früheren Arbeitgeber in der Großstadt Arbeit nach. Er betonte in dem Schreiben an den Arbeitgeber, daß er keiner Gewerkschaft angehöre. Darauf erhielt er umgehend folgende Antwort:

„Zunächst Ihrer gefl. Zuschrift erwidere Ihnen, daß zurzeit keine Bilanz bei mir vorhanden ist; außerdem möchte ich Ihnen den guten Rat geben, wenn Sie sich wieder mal um Stellung bemühen, dies auf dem Wege der Organisation zu tun, da hier keine unorganisierten Leute beschäftigt werden dürfen und ich würde auch keine anderen anstellen.“

Hochachtungsvoll“

Das Gesicht des so Abgebligten muß sehenswert gewesen sein.

— Ein nationalliberaler Reichstagsabgeordneter über die gelben Gewerkschaften. Der Abg. Fuhrmann, der im Reichstage von den christlichen Gewerkschaften sagte, daß sie sich in ihren „Kammern“ befänden, äußerte sich gleichzeitig auch über die Gelben. Er erklärte: „In den sogenannten gelben Gewerkschaften kann ich keine entwicklungsfähige Organisation sehen, denn vor einem Arbeiter, der sich das Koalitionsrecht nehmen läßt, kann ich keine Achtung haben.“ Die Charakteristik der Gelben ist zweifellos richtig, aber Herr Fuhrmann hätte auch sagen müssen: „Vor einem Arbeiter, der den Arbeitern das Koalitionsrecht nimmt oder zu neuen vertritt, kann ich keine Achtung haben.“ Das hat Herr Fuhrmann aber aus guten Gründen nicht gesagt, denn er hätte damit einem sehr großen Teil seiner nationalliberalen Parteifreunde die Achtung abgesprochen. Die „liberalen“ Politiker sind nämlich in der Regel die reaktionärsten Arbeitgeber.